

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 10 (2004), Heft 11

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Victoria Liesche (vl), Deborah Bernsdorf
(db)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und redaktionelle Bearbei-
tung vor. Für unverlangt eingesandtes
Material keine Haftung. Namentlich ge-
zeichnete Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion/des Heraus-
gebers wieder. Redaktionsschluss: 15.
des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

2 Impressum

4 Editorial

- Nachhaltige Lebensstile: Wann, wenn nicht jetzt?

6 Verbände, Umweltbewegung

- DNR-Mitgliederversammlung 2004
- 20 Jahre B.A.U.M.
- VCD-Jahresbericht 2003

7 Abfall, Chemie, Emissionen

- Ende des Pfandstreits
- Illegale Pestizideinsätze aufgedeckt
- Elektroschrott-Gesetzentwurf: Kritik
- Weiter Streit um Mobilfunkrisiken

9 Agrarpolitik, Verbraucherschutz

- Umweltmanagement für Landwirte
- Tiermehl-Dünger: Neue BSE-Fälle
- Künasts Pestizidreduktionsprogramm
- Protest gegen Nachbaugebühren
- Preis für Ernährungskultur verliehen
- Länder-Verbraucherschutz bewertet
- Trittin will Urwaldgesetz

12 Energie, Klima

- Förderung für Kraft-Wärme-Kopplung
- Vellmar: Solarwärme für Neubauten
- Kongress "Strom gegen den Strom"
- LNV fordert Nordsee-Kabelkonzept

- SFV: Emissionshandel wirkungslos
- Benzin und Öl bald noch teurer
- Aus für Atomkooperation mit Brasilien
- Feinstaub: Städten drohen Klagen
- Erhebliche Kosten durch Klimawandel

16 Gentechnik

- Genmais-Ernte in Deutschland
- Wissenschaftlerstreit um Gentechnik
- Müller-Milch darf "Gen-Milch" heißen

18 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Umweltkommunikation

- Fachtagung: Freiraumqualität sichern
- Internet-Plattform Reginet wächst
- Nachhaltigkeitsaudit für Schulen
- Umweltbewegung unsozial?
- Fortschrittsbericht enttäuscht
- BUND: Rot-Grün soll durchstarten

22 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- "Grünes Band" droht zu scheitern
- Niedersachsen gegen FFH-Gebiete
- Bayern: Bürger gegen Forstreform
- Storchenbruten gingen zurück
- Weniger Menschen - mehr Wildtiere

25 Verkehr, Tourismus

- Bahn-Börsengang um jeden Preis?
- Bahn für Familien günstiger als Auto

- Bahn jetzt mit Kundencharta
- Externe Verkehrskosten ermittelt
- Automobilindustrie gegen Rußfilter
- Kerosinsteuer-Kampagne gestartet
- Fliegen: Spenden für Klimaschäden?

28 Wasser, Meere

- Arzneimittelreste in Flüssen
- Wird die Elbe heimlich ausgebaut?

29 Service

- Termine, Informationsquellen, Umweltsendungen

Sonderbeilagen

- WRRL-Info 9: Informationen zur EU-Wasserrahmenrichtlinie (Mittelseiten)
- Newsletter Gender Greenstreaming 2: Geschlechterverhältnisse im Natur- und Umweltschutz (Mittelseiten)
- aktiv.um: Impulse für engagierte Umwelt- und Naturschutzarbeit (separate Heftung)

Nachhaltige Lebensstile: Wann, wenn nicht jetzt?

Liebe Leserinnen und Leser,

am 6. November fand im Berliner Reichstagsgebäude die diesjährige Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings mit der Wahl des DNR-Präsidiums für die nächsten vier Jahre statt. Ein wichtiger Anlass, um Bilanz über die letzte Wahlperiode zu ziehen und voraus zu blicken auf die vor uns liegenden Jahre.

Persönlich freue ich mich am Ende dieser Wahlperiode besonders darüber, dass wir dem Hauptanliegen eines Dachverbandes - nämlich der Bündelung unserer Kräfte und damit der Überwindung von Einzelinteressen zugunsten des gemeinsamen Zieles, zukunftsfähige Politik für Nachhaltigkeit und Naturschutz zu betreiben - wieder ein Stück näher gekommen sind.

Dachverband DNR auf dem richtigen Weg: Kräfte bündeln, Service leisten

In wirtschaftlich wie politisch harten Zeiten ist kein Einzelverband allein so stark, dass er ohne Solidarität und ohne die Vorteile von Arbeitsteilung, Kräftebündelung und Service auskommt. Schließlich nützt es den kleinen wie den großen Verbänden, und es nützt vor allem den gemeinsamen, in unserem Grundsatzprogramm von 2002 einmütig gesetzten Zielen, wenn jede und jeder sagen kann: Dafür stehen fünf Millionen Bürgerinnen und Bürger gemeinsam. Mit diesem Pfund sollten wir in Zukunft noch mehr wuchern, ohne dass damit ein Funken verbandlicher Eigenständigkeit verloren geht.

Wichtig ist und erfolgreich war, dass wir in den großen Leitlinien der Nachhaltigkeitspolitik, wie bei den Klimazielen, bei Biodiversitäts- oder Föderalismusdebatte sowie bei der Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie die gleiche Meinung vertreten. Nur dadurch sind wir stark und glaubwürdig.

Als Beispiele, bei denen sich der von den Mitgliedsverbänden besonders gewünschte Bündelungsauftrag bewährt hat, seien die Stellungnahmen zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die Diskussion um die Erneuerbare Energie, vor allem die kontrovers diskutierte Windenergienutzung, die Formulierung von Leitlinien für ein Gesamtenergiekonzept, die gemeinsame Sprachregelung zur Agrarwende, der Föderalismusdebatte und vor allem in der

Europapolitik erwähnt, wobei sich insbesondere die EU-Koordination und das Forum Umwelt & Entwicklung große Verdienste in der internationalen Naturschutz- und Umweltpolitik erworben haben.

Die Bundesregierung muss ihre Nachhaltigkeitsstrategie ernst nehmen

Die Bundesregierung hat im Jahr 2002 eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Viele gesellschaftliche Gruppen haben die Nachhaltigkeitsstrategie begrüßt. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sie als "roten Faden" für zukunftsfähige Politik gerühmt. Er hat sie aber leider weder beachtet noch umgesetzt. Wir finden diesen roten Faden nicht.

Bleibt zu hoffen, dass bei der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie 2004 neue Akzente gesetzt werden und sich die wichtigen Reformvorhaben zur Renten-, Gesundheits- und Steuerpolitik endlich an der Idee der Nachhaltigkeit orientieren. Die Nachhaltigkeitsstrategie muss die Agenda 2010 ergänzen; wäre die Nachhaltigkeitsstrategie doch geradezu ein Rezeptbuch dafür, wie sich Ökologie, Soziales und Ökonomie verbinden und zum Arbeitsplatz-Motor ausbauen ließen.

Eine ganzheitliche Nachhaltigkeitsstrategie wäre das Mega-Thema zukunftsfähiger Staatspolitik, die Chefsache sein sollte und zum umweltpolitischen Markenzeichen des Bundeskanzlers werden könnte: Welt-Ressourcenpolitik, Innovation, Effizienz und Industrie-Kompetenz in den Zukunftstechnologien, aber auch in der Generationenbilanz, bei sanfter Agrarpolitik, im Naturschutz oder bei der Bildung zur Nachhaltigkeit sollten den Standort Deutschland auszeichnen!

Dazu bedarf die Nachhaltigkeitsstrategie dringend neuer Akzente in kommenden Fortschrittsberichten wie die Verankerung einer eigenen Biodiversitätsstrategie, der Waldwirtschaft, eines Gesamtenergiekonzeptes, eine radikale Kehrtwendung in der Verkehrspolitik, sowie die globale Verantwortung für Schutzgebiete und Artenvielfalt. Es ist für uns unerträglich, dass Themen wie Biodiversität, Bildung und ökologische Finanzreform im Fortschrittsbericht gestrichen werden.

Wachstumskritik und nachhaltige Lebensstile

Die Fortentwicklung einer zukunftsfähigen Nachhaltigkeitspolitik muss sich vorrangig den Fragen nach den Lebenslagen und den Lebensstilen der Menschen stellen. Diese neue Herausforderung setzt zunächst die Überwindung des deutschen Denkens voraus, das sich endlich mehr den weltweiten Zusammenhängen öffnen und den nationalen Kirchturmblick überwinden muss. Es ist doch längst offenkundig wie sehr Armut und Naturschutz, das Nord-Süd-Gefälle oder Umweltschutz und Weltfrieden miteinander verknüpft sind. Die Ökologisierung der WTO-Verhandlungen ist daher ebenso überfällig wie die Aufwertung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) zu einer Weltumweltorganisation. Dazu ist auch die deutsche Außenpolitik gefordert.

Für Deutschland und Europa wäre die Vorreiterrolle in der Nachhaltigkeitspolitik eine große gesellschaftliche Herausforderung: Mit der Philosophie eines nachhaltigen Lebensstils könnten wir uns innerhalb der Weltfamilie mit einem zukunftsfähigen Kulturentwurf positionieren. Die EU sollte sich zur Nachhaltigkeitsunion fortentwickeln und eine Vorreiterrolle einnehmen, mit der sie die Standards von Nachhaltigkeit und Ökologie in die Weltwirtschaft integrieren könnte.

Neue soziale Herausforderungen: Fairness ist nachhaltig, Egoismus nicht

Auch wir Umweltverbände werden derzeit vor völlig neue Herausforderungen gestellt. Die soziale Frage holt uns ein und vor allem bei unseren Hauptamtlichen löst die derzeitige wirtschaftliche Situation Angst vor Veränderungen und Kurskorrekturen aus.

Anstatt das Gespenst vom Arbeitsplatzkiller Umweltschutz wieder aus der Klamottenkiste zu holen, wäre ein Blick in die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" gelegentlich hilfreich:

"Vorrangige Bedingung für eine ... Entwicklung hin zu mehr sozialer Fairness und realer Solidarität innerhalb der Gesellschaft ist mehr freie Zeit, mehr Zeitsouveränität. ... Die Leute können sich nur dann gegenseitig mehr Dienste leisten, ihre Nachbarschaftsbeziehungen aktivieren und Formen unmittelbarer Solidarität entwickeln, wenn sie auch die Zeit dafür haben. So gesehen ist die Flexibilisierung

und Verkürzung der Arbeitszeiten eine wichtige Voraussetzung auch für soziale Fairness und mehr reale Solidarität. - Solche Vorschläge bedeuten eine Umwertung vieler Werte. Doch eine Entwicklung in dieser Richtung setzt nicht auf große soziale Umwälzungen, sondern auf etwas scheinbar Schwaches, auf Einsicht. Sie ist vorstellbar als kulturelle Wende, als zivilisatorischer Prozess."

Ein Verband, der sich auch dem Schutz der Art Mensch verpflichtet fühlt, sollte dabei nicht unbedingt auf die Verhaltensmuster der Wirtschaft mit Sozialabbau und Rationalisierung zurückgreifen.

Vielmehr sollten wir diese Situation als Chance für Kreativität und Innovation nutzen und mit unseren Botschaften neue, zukunftsfähige Wege der sozialen Fairness finden.

Wir dürfen keineswegs zulassen, dass in diesen wirtschaftlich angespannten Zeiten unser wertvollstes Kapital, der Fleiß und die Verantwortungsfreude unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, durch den Ungeist von Neid, Missgunst oder Egoismus gestört wird. Gerade jetzt sind Lob und Anerkennung gefragt.

Wir sollten auch dabei unsere Kräfte bündeln und das voranbringen, was uns auszeichnet: Die Qualität unserer Botschaften zu Lasten von Quantität und Aktionismus in den Vordergrund rücken. Und vor allem aufzeigen, wie die Alternativen für die Verwirklichung des neuen Lebensstils aussehen könnten. Dafür brauchen wir jetzt viele engagierte Menschen, damit wir den Schritt von der Erkenntnis zum Tun meistern.

Es geht also auch um die Frage nach dem Standort, an dem sich die Naturschutzbewegung angesichts der völlig veränderten Weltsituation im Jahre 2004 befindet und ob sie bereit ist, die Herausforderungen des neuen Denkens anzunehmen und jene Veränderungsbereitschaft zu zeigen, die naturgemäß schwieriger ist als die altgewohnten Politik- oder Vereinsrituale fortzuführen.

Brauchen wir mehr Wissen über die Natur oder mehr Liebe zu ihr?

Die Zukunft der Naturschutzbewegung müsste zudem eine Renaissance erleben, die gleichermaßen mystisch und lustvoll ist:

Denn weder Weltuntergangs- oder Katastrophenszenarien noch die reine Faktenvermittlung oder die Zeigefingerpädagogik haben uns zum Erfolg geführt.

Nicht noch mehr Wissen, sondern hoffnungsvolle Botschaften sind gefragt. Nachhaltiges Denken kommt eben nicht aus dem Nürnberger Trichter, sondern aus der rechten Gehirnhälfte.

Wissen ist im Internet abrufbar, zukunftsfähige Botschaften sind es nicht.

Deshalb sollten wir uns der spirituellen Kraft besinnen, die unsere mystische Wurzel war und die stärker ist als die Aktenberge und ehrlicher als mancherlei Politikgetöse - und glaubwürdiger als die vielen nicht eingehaltenen Konventionen und Reformversprechen. Der Weg in eine lebenswerte Zukunft führt eben nicht an den Leitplanken entlang, die uns die Macher einer morbiden Wachstumsgesellschaft vorgaukeln, sondern eher durch eine sanfte Lindenallee, welche die Mutter unseres Denkens ist und Lust auf Zukunft macht.

Was will der mit seinem emotionalen Gerede, werden Sie fragen?

Zweierlei: Zum einen darauf hinweisen, dass jetzt die Zeit gekommen ist endlich ein neues Menschenbild in den Mittelpunkt zu rücken, und zum anderen, dass wir gerade angesichts des globalisierten Egoismus und des brutalen Neodarwinismus dieser Tage den Mut zur Emotion und zum Anderssein wieder entdecken müssen.

Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzringes

DNR-Mitgliederversammlung 2004

Hubert Weinzierl mit großer Mehrheit als Präsident wiedergewählt

Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung des DNR am 6. November in Berlin ist der seit 2001 amtierende Präsident Hubert Weinzierl mit großer Mehrheit für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Auch die Vizepräsidenten Prof. Dr. Manfred Niekisch und Leif Miller sowie Schatzmeister Jürgen Resch wurden wiedergewählt.

Als Beisitzer gewählt wurden Klaus Hübner (LBV), Michael Müller (Naturfreunde), Michael Gehrmann (VCD), Gerlinde Hoffmann (Reiterliche Vereinigung), Eugen Dieterle (Wanderverband) und Josef Göppel (DVL). Neuer Jugendvertreter ist Damian Ludewig (NAJU).

Neue Mitgliedsverbände

Mit Europarc Deutschland, der Michael Succow Stiftung und Green Cross/Global Green Germany wurden drei neue Mitgliedsverbände aufgenommen, so dass der DNR nunmehr 95 Naturschutz- und Umweltverbände unter seinem Dach vereint.

Inhaltlich will sich der DNR 2005 mit folgenden Schwerpunkten befassen:

- Föderalismusdebatte
- Naturschutz in der Nachhaltigkeitsstrategie
- Bildung für nachhaltige Entwicklung

Weinzierl: Nachhaltigkeit ist Mega-Thema zukunftsfähiger Staatspolitik

Der wiedergewählte DNR-Präsident appellierte in seiner Rede an Bundeskanzler Gerhard Schröder, Nachhaltigkeit zur Chefsache zu machen. Die DNR-Verbände sähen "eine nachhaltige Entwicklung durch die Ökologisierung von Ökonomie und Gesellschaft als wichtigstes Gebot unserer Zeit".

Die nächste DNR-Mitgliederversammlung findet am 12. November 2005 in Leipzig statt. (db, mb) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.,
Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
info@dnr.de
www.dnr.de

20 Jahre B.A.U.M.

Umweltinitiative der Wirtschaft hat 500 Mitgliedsfirmen

Der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) hat sein 20. Gründungsjubiläum begangen. 1984 von Georg Winter und seinem Mitarbeiter Maximilian Gege gegründet, gilt der Verein, der auch DNR-Mitgliedsverband ist, heute als "größte Umweltinitiative der Wirtschaft in Europa". 500 Unternehmen von kleinen Mittelständlern bis zu Konzernen sind Mitglied. Jedes Unternehmen muss sich zu einem Ehrenkodex bekennen und versichern, dass sich der Umweltschutz in Zielen und Verhaltensregeln der Firma niederschlägt.

B.A.U.M. hat Konzepte und Checklisten entwickelt, die Unternehmen zeigen sollen, wie sie ökologischer und damit ökonomischer wirtschaften können. Besonders erfolgreich war die Kampagne "Solar - na klar!". Derzeit laufen Kampagnen wie "Mimona" (Mitarbeitermotivation zur Nachhaltigkeit), Solarspaß an Schulen oder "Clever Pendeln".

B.A.U.M.-Umweltpreis 2004 verliehen

Im Rahmen des Kongresses "20 Jahre B.A.U.M. e.V." Anfang Oktober in Hamburg wurden auch die diesjährigen B.A.U.M.-Umweltpreise vergeben. Sie gingen an Dr. Manfred Kohlhase von der Weleda AG, Axel Schmidt vom Hamburger Flughafen, Ulrich Walter von Lebensbaum, Florian Nehm vom Axel-Springer-Verlag sowie Dr. Wolfgang Meyer-Antholz von Airbus Deutschland. Die Geehrten engagierten sich in ihren Unternehmen als Geschäftsführer oder Umweltreferenten für die Integration von verschiedenen ökologischen Aspekten in den Produktionsprozess.

Einen Sonderpreis erhielt Hartmut Poppe, langjähriger Umweltreferent der Handelskammer Hamburg. Erstmals wurden auch zwei internationale Sonderpreise an den norwegischen Autor Jostein Gaarder ("Sophies Welt") und den Tierfilmer Heinz Sielmann vergeben. Beide haben Umweltstiftungen begründet. (db, mb) ■

• Weitere Informationen

B.A.U.M. e.V., Osterstr. 58, 20259 Hamburg
Tel. 040 / 490711-00, Fax -99
eMail: info@baumev.de
www.baumev.de

VCD-Jahresbericht 2002/2003

Einsatz für zukunftsfähige, nachhaltige Verkehrspolitik soll weitergehen

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat im Jahresbericht 2002/2003 Bilanz über seine verkehrspolitische Arbeit gezogen und die Finanzen offen gelegt. Nach den Worten des Bundesvorsitzenden Michael Gehrmann konnten viele wichtige Themen in den letzten beiden Jahren vorangebracht oder angestoßen werden.

Als größten Erfolg bezeichnete der VCD die Wiedereinführung der BahnCard 50. Durch intensiven Einsatz bei der Bahn und in der Öffentlichkeit sei es im Sommer 2003 gelungen die bereits beschlossene Abschaffung zu stoppen. "Der größte Flop" in der Verkehrspolitik ist nach Ansicht des Verkehrsclubs der immer wieder verschobene Start der Lkw-Maut wegen der nicht funktionierenden Technik. Jahrelang habe sich der VCD sich dafür eingesetzt.

Laut Bericht konnte der VCD seine Finanzen konsolidieren. Über 70 Prozent der Mittel kommen nach eigenen Angaben aus den Beiträgen der gut 65.000 Mitglieder. Hinzu kommen zahlreiche Spenden, die 2003 fast acht Prozent der Einnahmen ausmachten. Über Drittmittel konnten elf Prozent des Budgets bestritten werden. Um die Stärken des Verbands auszubauen und den politischen Einfluss zu verbessern, wurde vor allem in die Mitgliederwerbung und neue verkehrspolitische Projekte investiert. Diese Strategie soll fortgesetzt werden.

Der VCD versteht sich nicht nur als ökologische Alternative zum ADAC. Der demokratisch organisierte Verband, der Mitglied des DNR ist, ist mit 13 Landes- und 160 Kreisverbänden flächendeckend präsent. Aktive VCD-Mitglieder gestalten die Verkehrspolitik vor Ort mit. Ein Schwerpunkt der nächsten Jahre soll die Erarbeitung von Lösungen für eine umwelt- und sozialverträgliche Mobilität sein. (mbu) ■

• Weitere Informationen

VCD-Jahresbericht 2002/2003 als Broschüre und zum Internet-Download:
Verkehrsclub Deutschland (VCD), Eifelstr. 2, 53119 Bonn
Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10
eMail: vcd-bundesverband@vcd.org
www.vcd.org

Ende des Pfandstreits

Bundesrat stimmt Vereinfachung des Dosenpfands zu

Nach mehreren Anläufen hat sich eine knappe Mehrheit der Länder im Bundesrat Mitte Oktober auf ein einheitliches Pfandsystem einigen können. So werden in Zukunft alle Massenge Getränke, die in ökologisch nachteiligen Einwegverpackungen hergestellt werden, sowie alkoholhaltige Mischgetränke mit einem Pfand versehen. Künftig pfandfrei bleiben dagegen Fruchtsäfte, Wein und Milch. Bundesumweltminister Jürgen Trittin zeigte sich zufrieden: "Einem Beginn der Regelung noch in diesem Jahr sehe ich zuversichtlich entgegen."

Umweltverbände begrüßen Regelung

Die Naturschutz- und Umweltverbände begrüßten die Entscheidung als klaren Fortschritt. Dadurch könne die Landschaftsvermüllung dauerhaft eingedämmt und die Atmosphäre von jährlich mehreren 100.000 Tonnen CO₂ entlastet werden. Die Novelle stütze außerdem in einem zusammenwachsenden Europa die regionale Vielfalt in der deutschen Getränkewirtschaft.

EU noch nicht zufrieden

Die EU-Kommission fordert den Wegfall der so genannten Insellösung, nach der Discounter nur ihre eigenen Einwegflaschen zurücknehmen müssen. Damit entstehe ausländischen Anbietern ein Wettbewerbsnachteil. Deutschland habe diesen Kritikpunkt binnen drei Monaten zu beheben, ansonsten drohe eine Klage der EU. (db) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH),
Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch,
Güttinger Str. 19, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de

Stiftung Initiative Mehrweg, Dr. Clemens Stroetmann, Eichenweg 11,
14557 Wilhelmshorst
Tel. 033205 / 240-37, Fax -38
mobil: 0170 / 5817435
eMail: choch4@t-online.de

Kritik an Pestizidanwendung durch Laien

Hamburger Behörde deckte illegale Pestizideinsätze auf

In Hamburg ist behördlicherseits festgestellt worden, dass Laien massiv gegen Regeln für die Anwendung von Pestiziden verstoßen. Mehrere tausend Fälle pro Jahr wurden allein im Hamburger Bezirksamt Wandsbek geschätzt.

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) fordert, dass Pestizide nicht durch Laien ausgebracht werden sollten, die über keine Sachkunde verfügen. Laut Gesetz dürfen Pestizide im Haus- und Kleingartenbereich nur angewandt werden, wenn sie mit der Angabe, "Anwendung im Haus und Kleingartenbereich zulässig" gekennzeichnet sind. Auf Freiflächen dürfen Pestizide nur angewandt werden, soweit diese landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden. Für den Wirkstoff Glyphosat gilt darüber hinaus ein besonderes Gewässerschutz-Gebot, da dieses Herbizid giftig für Fische, Fischnährtiere und Algen ist. Angestellte des Handels sind verpflichtet, die Käufer/innen auf Anwendungsverbote und gegebenenfalls auf alternative Methoden hinzuweisen.

Tatsächlicher Gebrauch unbekannt

Das Hamburger Amt geht davon aus, dass mit einer Dunkelziffer von "mehreren tausend allein im Bezirk Wandsbek" zu rechnen sei, weshalb die Art der Überwachung geändert werden müsse. Generell gehörten Pestizide nicht in Laienhand. PAN Germany lobte das Vorgehen der Behörde, da es seine Überwachungsaufgabe ernst nehme, aktiv ermittelt habe und zudem die Art der Überwachung in Frage stelle, um strukturelle Verbesserungen zu ermöglichen. (db) ■

• Weitere Informationen

PAN Germany, Nernstweg 32, 22765
Hamburg
Tel. 040 / 399191023
eMail: carina.weber@pan-germany.org
www.pan-germany.org

Elektroschrott: Kritik an neuem Gesetzentwurf

DUH fordert Maßnahmen zur Förderung langlebiger Produkte

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat den im Oktober vorgestellten Entwurf des neuen Elektro- und Elektronikgesetzes der Bundesregierung kritisiert. Dieser beinhaltet zwar, dass elektronische Geräte wie Handys oder auch Batterien recycelt werden sollen, fördere jedoch nicht genug die Herstellung langlebiger und umweltschonender Produkte. Wie beim Grünen Punkt führe das zwar zur Verwertung aber nur sehr eingeschränkt zur Vermeidung von Verpackungsabfällen.

Individuelle Hersteller-Verantwortung angemahnt

Modellhafte Aktionen wie das Handy-Recycling von T-Mobile und Greener Solutions müssten durch das Gesetz gefördert werden, damit sich Nachahmer in anderen Bereichen finden, so die DUH. Das zeige, dass eine funktionierende Kreislaufwirtschaft möglich sei und das neue Gesetz die Anreize für mehr Produktverantwortung der Unternehmen stärken sollte.

Weiterer Kritikpunkt der DUH ist, dass die Industrie zwar für das Recycling zahlt, die Kommunen aber die Sammlung, z. B. auf ihren Wertstoffhöfen, finanzieren. Dabei verliere die Qualität von Sammlung und Recycling an Wichtigkeit, weil jede Seite versuche Kosten zu sparen und am Ergebnis nicht mehr interessiert sei.

Nach Ansicht der DUH muss sichergestellt sein, dass funktionstüchtige Geräte, die wiederverwendet werden können, nicht gemeinsam mit defekten Schrottgeräten in großen Shredder-Anlagen landen oder unkontrolliert nach Asien exportiert werden. Vermeiden lasse sich das, indem Unternehmen sich um das Recycling ihrer eigenen Geräte kümmern und somit einen Anreiz für umweltfreundliche Innovationen bekämen. (db) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH), Güttinger Str. 19, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de

Mobilfunkindustrie soll Risiken umfassend erforschen lassen

BUND: Bundesstrahlenschutzamt nicht behindern

Der BUND hat die Telefonunternehmen Vodafone, T-Mobile, O2 und E-Plus Ende September aufgefordert, ihren Widerstand gegen eine Studie des Mobilfunkforschungsprogramms des Bundesstrahlenschutzamtes aufzugeben. Die Studie soll Auswirkungen von Mobilfunkstrahlen auf das Schlafverhalten von Anwohnern in der Nähe von Funkmasten untersuchen. Es sei noch zu wenig erforscht welche gesundheitlichen Risiken Mobilfunk-Strahlen auf den Menschen haben. Daher sei die Industrie zu einer umfassenden Risikoforschung verpflichtet, so BUND-Experte Wilfried Kühling. Der Ausbau der Mobilfunknetze finde weitgehend hinter dem Rücken der Öffentlichkeit statt.

Viele Anwohner in der Nähe von Sendeanlagen klagen über Schlaflosigkeit, Nervosität und Kopfschmerzen. Bekannt sind auch Einwirkungen durch mobiles Telefonieren auf Herzschrittmacher, Insulinpumpen für Zuckerkrankte und Hörimplantate.

Auch der Staat trägt Verantwortung

Der BUND forderte die Einrichtung eines unabhängigen öffentlichen Dokumentationszentrums zur Erfassung gesundheitlicher Beschwerden durch Mobilfunkstrahlen und appellierte außerdem an die Verantwortung des Bundesumweltministers für mehr Schutz und Aufklärung zu sorgen. Dazu gehöre auch die gesetzliche Verpflichtung zur Kennzeichnung der Strahlung von Funktelefonen.

Bundesregierung: Negative Auswirkungen noch nicht belegt

Derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge wirken sich Mobilfunkstrahlen nicht negativ auf die Gesundheit des Menschen aus, wenn die hierfür geltenden Grenzwerte eingehalten werden, erklärte die Bundesregierung im Oktober. Sie beruft sich auf Empfehlungen internationaler Fachgremien wie der Weltgesundheitsorganisation. Weitere Forschungsanstrengungen sollen Hinweise auf biologische Auswirkungen unterhalb oder in der Nähe der Grenzwerte klären. Auf Unterschiede der Strahlenintensität bei Kindern und Erwachsenen wiesen Ergebnisse neuerer Studien zwar hin, diese seien jedoch geringer als früher angenommen worden sei.

Unternehmen gegen Kennzeichnung

Das Ökolabel "Blauer Engel" soll nach Ansicht der Bundesregierung einen Vergleich zwischen gesundheitlich unbedenklicheren Mobiltelefonen und solchen mit hoher Strahlenbelastung ermöglichen. Jedoch ist diese Kennzeichnung kaum zu finden, da Handyhersteller der Meinung sind, ein fehlender "Blauer Engel" werde von den Verbrauchern als Hinweis auf eine Gesundheitsgefährdung interpretiert.

Laut Regierung mangelt es an der Bereitschaft mit dem "Blauen Engel" einen aktiven Beitrag zum vorsorgenden Gesundheits- und Verbraucherschutz zu leisten. Sie forderte die Handyhersteller auf, die Entwicklung strahlungsärmerer Handys voranzutreiben und sich "einer verstärkten Verbraucherinformation nicht zu verschließen".

Schwedische Wissenschaftler: Risiko für Ohrtumor

Eine Untersuchung hat offenbar ergeben, dass nach 10-jähriger Handy-Nutzung ein erhöhtes Risiko für einen Ohrtumor besteht. Diese bezieht sich jedoch auf NMT-Telefone, nicht auf GSM-Handys. Insofern bleibt offen, ob die Benutzung digitaler Handys entsprechende Folgen hat, was jedoch angenommen wird. (db) ■

• Weitere Informationen

BUND, AK Immissionsschutz, Prof. Dr. Wilfried Kühling
Tel. 0231 / 465507
eMail: wilfried.kuehling@bund.net
www.bund.net

www.imm.ki.se/PDF/Press%20release%200ct%201%202004.pdf

www.telepolis.de/deutsch/inhalt/lis/18568/1.html

Lesenswert

Elektrosmog im Alltag

Dem Streit über mögliche Risiken durch Elektrosmog stehen Verbraucher/innen häufig hilflos gegenüber. Eine neue Broschüre der Verbraucher Initiative will sie dabei unterstützen, selbst Vorsorge vor möglichen Gesundheitsrisiken zu treffen. Rund um Steckdosen, Kabel und Hausgeräte breiten sich niederfrequente Felder aus. Handys, Mobilfunkantennen und Schnurlostelefone sowie WLAN- und Bluetooth-Technik geben hochfrequente Strahlung ab. Die Meldungen über die krankmachende Wirkung von solchem "Elektrosmog" reißen nicht ab. Konzentrations- und Schlafstörungen werden damit ebenso in Verbindung gebracht wie die Förderung von Krebs. Die 12-seitige Broschüre bereitet die kritischen Fragen zum Thema Elektrosmog auf und bietet Informationen über Quellen, Alltagsbelastung und gesundheitliche Wirkungen von Elektrosmog sowie praktische Tipps zur Vorsorge und Antworten auf häufige Fragen. (db)

Elektrosmog im Alltag, Hrsg./Bezug: Verbraucher Initiative, Elsenstr. 106, 12435 Berlin, Tel. 030 / 536073-3, Fax -45, kostenloser Download: <http://forum-elektrosmog.de/pdf/17.pdf>

Forum Elektrosmog im Internet

forum-elektrosmog.de ist eine von der Verbraucher Initiative betriebene Internet-Plattform, die Verbraucher/innen beim selbständigen und eigenverantwortlichen Umgang mit Technologien, die niederfrequente elektrische und magnetische bzw. hochfrequente elektromagnetische Felder freisetzen, unterstützen will. Der neue eMail-Newsletter, der etwa alle acht Wochen erscheint, soll Informationen über Elektrosmog und gesundheitlichen Verbraucherschutz zur Verfügung stellen. Der Eintrag in den Verteiler ist kostenlos. (db)

www.forum-elektrosmog.de

Umweltmanagement in der Landwirtschaft

Schulungsfilm "BauernPower mit System" soll für EU-Öko-Audit werben

Um an zwei unterschiedlichen Betriebsbeispielen zu zeigen, wie in der landwirtschaftlichen Praxis mit dem EU-Öko-Audit EMAS umgegangen wird und welche Vorteile der Landwirt für sein Betriebsmanagement davon hat, hat der Agrarinformationsdienst aid in Bonn den Motivations- und Schulungsfilm "BauernPower mit System" in Auftrag gegeben. Er basiert auf der inhaltlichen Grundlage des "Praxisleitfadens zur beständigen Verbesserung der Umweltleistungen von Landwirtschaftsbetrieben" aus dem Bundesumweltministerium. Der Film zeigt in Wort und Bild an zwei Betrieben, wie EMAS in der Landwirtschaft funktionieren kann.

Damit ist "BauernPower mit System" das zentrale Kommunikationsmedium zum Umweltmanagement in der Landwirtschaft. Er soll informieren, aktivieren und Mut zur Umweltvorsorge machen. Zusammen mit einem geplanten Begleitheft soll der Film dazu beitragen, dass Landwirte ein modernes Betriebsmanagementsystem aufbauen und nutzen.

Bei bundesweiten Info-Veranstaltungen, Anwenderseminaren und in der Aus- und Weiterbildung soll der Film, der im Dezember letzten Jahres Premiere hatte, gezeigt werden. Eine Drittverwertung von Auszügen des Films ist bei TV-Sendern geplant. (db) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Generalsekretär Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helmut.roescheisen@dnr.de
www.dnr.de

Wieder mehr BSE-Fälle

Mögliche Ursache: Tiermehl-Dünger in der Nahrungskette

Anfang Oktober ist in Deutschland die 50. BSE-Erkrankung bei einem Rind registriert worden. Nach Angaben der Verbraucherorganisation Foodwatch gab es zum gleichen Zeitpunkt 2003 nur 40 Fälle. Damit wird es vermutlich in diesem Jahr mehr BSE-Fälle geben als 2003. Seit Ende 2000 die erste BSE-Erkrankung offiziell bekannt geworden war, ging die Zahl ab 2002 zurück.

Foodwatch sieht im möglichen Missbrauch von Dünger aus Tiermehl den Grund für die erneute Verbreitung des Rinderwahns. Der Dünger, der billig verkauft wird, muss laut EU-Gesetz durch Geruchsstoffe für Tiere ungenießbar gemacht werden. Offenbar wird die Regelung häufig umgangen. Aus dem Bundesverbraucherministerium hieß es dazu, dies sei eine Frage der Futterkontrolle und diese obliege den Ländern. Das Problem besteht laut Foodwatch darin, dass die Futtermittelkontrollen nicht mehr zuständig sind, wenn die Landwirte angeben, dass sie das Tiermehl zum Düngen verwenden wollen.

Kontrollen bringen keine 100-prozentige Sicherheit

Die Verwendung von verseuchtem Tiermehl war die Hauptursache für die BSE-Epidemie. In Deutschland ist seit fast vier Jahren das Verfüttern von Tiermehl verboten. Für Dünger darf kein Tiermehl aus so genanntem Hochrisikomaterial verwendet werden. Bei der Produktion können jedoch nicht immer alle Erreger beseitigt werden. Foodwatch befürchtet, dass eine illegale Verfütterung von Dünger die Verbreitung des Rinderwahns verlängern könnte. Das Risiko für Menschen sei aber gering. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin
Tel. 030-28093995, Fax -24047626
eMail: info@foodwatch.de
www.foodwatch.de

Protest gegen Saatgut-Nachbauggebühren

Postkartenaktion "Widerstand keimt auf"

Die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie hat im Oktober mit der Aktion "Widerstand keimt auf" im Bundeswirtschaftsministerium gegen die Erhebung von Nachbauggebühren protestiert. Landwirt/innen müssen diese im Sortenschutzgesetz vorgesehenen Gebühren bezahlen, wenn sie Teile ihrer eigenen Ernte im nächsten Jahr wieder aussäen wollen.

Mit den Nachbauggebühren werde das uralte Recht der Bauern abgeschafft, über ihre eigene Ernte frei zu verfügen, so die Kritik der Kampagne. Damit würden die Interessen der Pflanzzüchter über die Interessen derjenigen gestellt, die Nahrung produzieren. In Deutschland sind etwa 2500 Landwirt/innen von Pflanzzüchtern verklagt worden, weil sie geforderte Auskünfte für die Erhebung der Gebühren verweigerten.

Gebühren verschärfen Nord-Süd-Konflikt statt Hunger zu beheben

Aktivist/innen der Kampagne übergaben Bundesverbraucherministerin Renate Künast mehrere Hundert Postkarten. Die Postkarten sind Selbstanzeigen: Bundesweit säten Menschen als Zeichen des Protests demonstrativ Getreide aus, ohne die Gebühren zu bezahlen.

Mit der Aktion will die Kampagne auf "Deutschlands Vorreiterrolle bei der Erhebung von Nachbauggebühren" aufmerksam machen. Sollte das deutsche Modell Schule machen, gefährdet dies laut BUKO die Ernährungssicherheit in vielen Ländern des Südens noch weiter. Für die dortigen Landwirt/innen seien derartige Gebühren kaum bezahlbar. Auch gegen den Hunger in der Welt seien sie keine geeignete Maßnahme. Der BUKO (Bundeskongress Internationalismus) ist ein Zusammenschluss entwicklungspolitischer Basisgruppen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUKO Agrar-Koordination, Kampagne gegen Biopiraterie, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 392526
eMail: bukoagrar@aol.com
www.bukoagrar.de

Pestizide: Künast legt Reduktionsprogramm vor

Agrarministerium will Gifte in Böden und Gewässern reduzieren

Ende Oktober hat Agrarministerin Renate Künast das "Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz" vorgestellt, das Umweltschutzverbände lange gefordert hatten. Kurz davor hatten der NABU und das Pestizid-Aktions-Netzwerk PAN mehr Tempo bei der Umsetzung des Programms angemahnt. Kernpunkte der freiwilligen Maßnahmen sind eine bessere Schulung und Beratung für Bauern sowie schärfere Kontrollen.

Ziel ist laut Künast, "so viel wie nötig, so wenig wie möglich" Gift auf die Felder zu bringen. So ist vorgesehen, dass die Landwirte sachgerechter mit der Spritze umgehen lernen. Außerdem sollen sie künftig ihre Gift-Einsätze besser dokumentieren. Mit neuen technischen Geräten könnten die Pestizide effizienter dosiert werden. Die Forschung wird aufgerufen, mehr biologische Alternativen für den Pflanzenschutz anzubieten. Ein neuer Pflanzenschutzindex (PIX) soll anzeigen, wie erfolgreich das Projekt ist.

Kritik: Keine Trendwende, keine konkreten Vorgaben

Umweltschützer kritisierten, dass Künast sich nicht auf genaue Zahlen festlegen wollte. Nach Angaben von PAN enthalten 40 Prozent der in Deutschland vermarkteten Lebensmittel Pestizidrückstände. Der Einsatz der chemischen Mittel könne leicht um 30 Prozent reduziert werden. Ohne konkrete Ziele und Fristen sei eine Trendwende beim Pestizideinsatz jedoch nicht zu erwarten.

Greenpeace: Grenzwerte für Pestizide wurden immer weiter angehoben

Die gesetzlich erlaubten Höchstmengen für Pestizidrückstände in Obst, Gemüse und Getreide sind in den vergangenen fünf Jahren in Deutschland von den zuständigen Ministerien massiv angehoben worden. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie "Pestizide am Limit", die das Greenpeace-EinkaufsNetz Ende September in Berlin vorgestellt hat. Danach wurden 2000 bei 177 Stoffen die Grenzwerte angehoben, 2003 waren es 319.

Einige der Gifte gelten als Krebs erregend und hormonschädigend

Unter den Pestiziden, bei denen die Grenzwerte am stärksten heraufgesetzt wurden, sind acht besonders gesundheitsgefährdende Agrargifte. Diese können Krebs auslösen, das Hormon- und Fortpflanzungssystem beeinträchtigen und Gewässerorganismen schädigen. Laut Studie wurde in 59 Prozent der pflanzlichen Lebensmittel das zulässige Pestizidlimit erhöht und nur in 41 Prozent abgesenkt. Als extremstes Beispiel wird das Fungizid Clorhalonil in Hopfen genannt. Hier wurde der Höchstwert um das 5.000fache herauf gesetzt. Bei Bananen wird den Verbrauchern im Schnitt die zusätzliche Aufnahme von jährlich 0,3 Gramm Pestiziden pro Kopf zugemutet. Lediglich Bioware ist in der Regel frei von Pestizidrückständen.

Forderung nach Kleinkind-Grenzwerten für alle und mehr Aufklärung

Auf Grund der starken Pestizidbelastung von Obst und Gemüse schließen Experten Gesundheitsschäden nicht mehr aus. Deswegen fordert Greenpeace, die gesetzlichen Pestizidhöchstwerte auf die Grenze für Babynahrung zu senken. Außerdem solle das geplante Verbraucherinformationsgesetz Kunden über Händler mit schadstoffbelasteten Produkten aufklären. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN),
Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel. 040-39919100, Fax -3907520
eMail: info@pan-germany.org
www.pan-germany.org

Greenpeace, Große Elbstr. 39, 22767
Hamburg
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Preis für Ernährungskultur geht an Naturfreunde

Projekt zur regionaltypischen Verpflegung überzeugte die Jury

Den Förderpreis Ernährungskultur hat dieses Jahr das Modellprojekt "Anbeißen - Leckerer aus der Region" der Naturfreunde erhalten. Das Projekt setzte sich mit der regionaltypischen Verpflegung im naturnahen Tourismus auseinander: Genuss für die Gäste und neue Absatzwege für Produzenten durch regionale Vielfalt auf der Speisekarte. Die Naturfreunde wollen damit dem Nachhaltigkeitsgedanken auf den Gebieten Ernährung und Tourismus Rechnung tragen. Gut informierte und zufriedene Gäste, die "angebissen" haben, nehmen ihren Eindruck und die Idee wieder zurück in ihre Heimatorte und vielleicht in ihren nächsten Urlaub, so die Hoffnung der Preisträger.

Initiiert wurde der Förderpreis Ernährungskultur vom Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel. Gestiftet wird der Preis von der Johannes Fehr GmbH & Co KG, einem Unternehmen, das regionale Nährstoffkreisläufe etwa durch Bioabfallkompostierung unterstützt. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

NaturFreunde Deutschlands, Warschauer Str. 58a, 10243 Berlin
Tel. 030 / 297732-60, Fax -80
eMail: info@naturfreunde.de
www.naturfreunde.de

Schlechtes Zeugnis für Länder-Verbraucherschutz

Wichtigste Kriterien: Ministerium und Ausschuss vorhanden

Die 16 Bundesländer haben vom Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände (VZBV) keine guten Noten für ihre Verbraucherschutzpolitik erhalten. Bis auf wenige Ausnahmen sei die Verbraucherpolitik der Länder konzeptionslos und unengagiert, kritisierte der VZBV im Oktober in Berlin. Nur vier Länder bekamen in dem erstmals veröffentlichten Verbraucherschutzindex der Bundesländer die Note vier. Die übrigen wurden mit mangelhaft bewertet.

An der Spitze stehen Bayern, Nordrhein-Westfalen und Berlin, Schlusslicht ist Sachsen. Als wichtiges Kriterium für eine aktive Verbraucherschutzpolitik wertete der Verband die Existenz eines Verbraucherschutzministeriums. Auch die Veröffentlichung eines Rechenschaftsberichts der Landesregierung, die finanzielle Förderung der Verbraucherzentralen und die Existenz eines Verbraucherausschusses im jeweiligen Landtag haben die Verbraucherschützer hoch eingestuft.

Mangelhafte Transparenz bei den Kontrollbehörden

Kritisiert wurde beispielsweise mangelnde Transparenz bei den Kontrollbehörden - Lebensmittelüberwachung und Eichämter. Diese kontrollieren alle Arten von Messgeräten wie zum Beispiel Waagen, Zapfsäulen an Tankstellen und Taxometer. Es gab aber auch Lob. So legten Baden-Württemberg, Brandenburg und erstmals auch NRW in diesem Jahr Rechenschaftsberichte über ihre Verbraucherpolitik vor. Vier Bundesländer gewährten Bürgern mit einem Informationsfreiheitsgesetz das Recht auf Akteneinsicht. Zur Verbesserung forderte der VZBV u. a. die Einrichtung eigener Verbraucherschutzministerien sowie eine bundesweite Konferenz der zuständigen Länderminister, um dort bundeseinheitliche Standards zu entwickeln. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verbraucherzentralen-Bundesverband (vzbv), Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518
eMail: info@vzbv.de
www.vzbv.de

Deutsches Urwaldgesetz in Planung

Neues Gesetz soll Handel mit illegalem Holz unterbinden

Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat Ende September in der Parlamentsdebatte zum Urwaldschutz ein deutsches Urwaldschutzgesetz angekündigt. Es soll die Vermarktung und den Besitz von illegal geschlagenem Holz und daraus gefertigten Produkten verbieten. Kernpunkte des neuen Gesetzes: Abnehmer sollen ein Auskunftsrecht zur Herkunft des Holzes bekommen. Holz, das illegal in Urwäldern geschlagen wurde, und Produkte, die aus solchem Holz hergestellt werden, sollen beschlagnahmt werden können.

In seiner Begründung sagte Trittin, dass Urwälder nicht nur Naturräume, sondern auch Lebensräume für indigene Völker seien, die seit Jahrhunderten ein Miteinander von Mensch und Natur praktizierten. Er verwies darauf, dass die EU-Kommission im Sommer Vorschläge für eine Verordnung vorgelegt hat, die ein Importverbot von illegal geschlagenem Holz zum Ziel haben. Hier hoffe man auf eine zügige Verabschiedung im EU-Ministerrat. Denn am wirksamsten seien Bemühungen zum Urwaldschutz, wenn Maßnahmen auf internationaler Ebene, auf europäischer und auf nationaler Ebene zusammenwirkten. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Lesenswert

Verbraucherschutzkompass im Internet

Seit Oktober gibt es ein neues Internetportal für Verbraucher/innen, die gut informiert sein wollen. Denn wer sich auskennt, kann nach den Worten von Verbraucherministerin Renate Künast die eigene Marktmacht nutzen und durch kluge Kaufentscheidungen wirtschaftliche und politische Prozesse beeinflussen. Und nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch wirkungsvoll einfordern. Der neue elektronische Verbraucherschutzkompass bietet hierzu vielfältige Möglichkeiten. Die leistungsstarke Suchmaschine ermöglicht es, auf ausgewählten Internetportalen Verbraucherinformationen schnell und komfortabel zu finden. Neben Einzelinformationen gibt es auch so genannte Themen-Kataloge, z.B. über Ernährung und Gesundheit, Lebensmittelsicherheit und -qualität, aber auch zu Verbraucherpolitik und Recht. Bei der technischen Umsetzung wurde darauf geachtet, dass die Seiten auch Blinden und Sehbehinderten gut zugänglich sind. Das Portal wurde vom Bundesverbraucherministerium in Zusammenarbeit mit anderen Verbraucherschutzinstitutionen initiiert. (mbu)

www.verbraucherkompass.de

"Agrarreform ist perfekt"

Unter diesem Titel hat das Bundesverbraucherministerium eine Broschüre herausgegeben, welche die Umsetzung der Agrarreformbeschlüsse in Deutschland erläutert. Die Schwerpunkte liegen bei den Themen Entkopplung, Cross Compliance und Modulation. Die EU-Agrarreform wird ab 1. Januar 2005 weitreichende Veränderungen für die landwirtschaftlichen Betriebe mit sich bringen. (mbu)

BMVEL (Hrsg): Agrarreform ist perfekt, 14 S., Bonn 2004; Internet-Text und -Download:
www.verbraucherministerium.de (Suche: "perfekt")

■

Mehr Förderung für Kraft-Wärme-Kopplung

Energieeffizienz soll in den Mittelpunkt rücken

Die Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie- und Wasserverwendung (ASEW) hat Ende September kritisiert, dass beim Thema Erneuerbare Energien die Energieeffizienz häufig nicht beachtet werde, obwohl hierbei deutlichere Primärenergieeinsparungen sowie Emissionsreduzierungen möglich seien.

Gerade kleine und mittlere lokale Energieproduzenten würden auf innovative Lösungen zur Effizienzsteigerung setzen, so der Verband. Die so genannte Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zum Beispiel erhöhe den Wirkungsgrad der Energieerzeugung immens. Diesen Nutzen habe auch der Gesetzgeber erkannt und dafür eigentlich das Förderinstrument VNNE (Vermiedene Netznutzungsentgelte) geschaffen. Damit war eigentlich vorgesehen, die zusätzliche Entlohnung an den eingesparten Kosten zu orientieren.

Die geplante Stromnetzentgeltverordnung macht diesen weitsichtigen Ansatz zunichte. Es sollen jetzt nämlich als Berechnungsgrundlage nicht mehr die vermiedenen Netzerhaltungs- und -ausbaukosten zugrunde gelegt werden, sondern nur noch die anteiligen laufenden Kosten für die Nutzung von Überlandnetzen und Umspannwerken. Das gehe zu Lasten der Umwelt und der kleinen Produzenten. Vor dem Hintergrund der klaren Vorteile von KWK sollte die geplante Stromkennzeichnungspflicht selbstverständlich auch KWK ausweisen, forderte der ASEW. (vl) ■

• Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie- und Wasserverwendung (ASEW) im Verband kommunaler Unternehmen (VKU), Eupener Str. 148, 50933 Köln
Tel. 0221 / 931819 -0, Fax -9
eMail: info@asew.de
www.asew.de

Solarwärme für Neubauten: Kleinstadt als Vorreiter

Vellmar: Städtebaulicher Vertrag statt "Solarpflicht" im Bebauungsplan

In der hessischen Kleinstadt Vellmar werden seit Winter 2002 in dem neuen Siedlungsgebiet Osterberg Häuser mit Solarwärmeanlagen gebaut. Vorbild dafür ist u. a. Barcelona, wo seit dem Jahr 2000 Neubauten mit Solarwärmeanlagen ausgestattet werden. Wenn die öffentliche Hand selbst die Sonnenenergie beim Bau öffentlicher Gebäude nutzt, werden die Bürger eigene Pflichten eher akzeptieren, so das Kalkül der Initiatoren. Die SPD-Jusos Fabio Longo, David Sehrbrock und Guido Schäfer hatten sich für diese Entwicklung jahrelang durch Werbung für die Solarenergie eingesetzt.

Prinzip: Fördern und Fordern

Der Städtebauliche Vertrag für klima- und umweltschonendes Bauen zwischen Kommune und Bauherren beruht auf dem Prinzip "Fördern und Fordern". Die Stadt finanziert die Energieberatung und hilft so den Unternehmen ihre Kosten durch Energiesparen zu senken. Die Bauherren ihrerseits verpflichten sich, an jedem Neubau eine Solarwärmeanlage zu installieren. Zusätzlich gibt es einen Zuschuss von 110 Euro pro Quadratmeter Kollektorfläche vom Bundesumweltministerium. Die Initiative hat auch wirtschaftliche Vorteile, denn die Abhängigkeit vom Öl sinkt und es werden durch den örtlichen Bezug von Baustoffen Arbeitsplätze vor Ort geschaffen. Im Oktober hat die Stadt Vellmar für ihr Engagement für die Solarenergie den Deutschen Solarpreis erhalten. (db) ■

• Weitere Informationen

www.solarserver.de/solarmagazin/interview_longo.html#ziel
www.solarserver.de/solarmagazin/anlagemai2003.html
www.solarserver.de/solarmagazin/artikeldezember2003.html

Energiekongress fordert fairen Wettbewerb

Kongress "Strom gegen den Strom": Atom und Kohle nicht mehr stützen

Ein zügiger Abbau der Atom- und Kohlesubventionen ist Grundlage für einen fairen Wettbewerb im Strommarkt. Nur so lasse sich der dringend notwendige Einstieg in eine regenerative Stromversorgung realisieren. Zu diesem Ergebnis kamen die rund 300 Teilnehmer des Kongresses "Strom gegen den Strom - Perspektiven einer sauberen Energiewirtschaft" Mitte Oktober in Hamburg.

Der Kongress fand im Rahmen des fünfjährigen Jubiläums von Greenpeace energy eG statt. Roland Hipp, Vorstandsmitglied des bundesweiten Stromversorgers, forderte den Abbau der Kohlesubventionen und die Überführung der Rückstellungen der Atomkonzerne in einen staatlichen Fonds. Die Zinsen aus einem solchen Fonds sollten zur Finanzierung der regenerativen Energien genutzt werden.

Umbau der Energiewirtschaft erfordert Sprung bei der Energieeffizienz

Bei den Experten herrschte Einigkeit darüber, dass langfristig regenerative Energiequellen nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch den fossilen Energieträgern überlegen seien. Der Umbau der Energiewirtschaft werde jedoch - so das Fazit der Diskussion - nicht ohne erhebliche Anstrengungen im Bereich der Energieeffizienz möglich sein.

Stefan Kohler, Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur (dena), betonte die Notwendigkeit und Machbarkeit einer Ergänzung des Netzes, um große Mengen Strom aus Offshore-Windanlagen einzuspeisen. (vl) ■

• Weitere Informationen

Greenpeace energy eG, Schulterblatt 120, 20357 Hamburg
Tel. 040 / 280579-0, Fax -99
eMail: info@greenpeace-energy.de
www.greenpeace-energy.de

Naturschützer fordern Kabelkonzept für die Nordsee

Landesnaturerschutzverband befürchtet "Kabelsalat" in Schutzgebieten

Der Landesnaturerschutzverband Schleswig-Holstein (LNV) befürwortet die Nutzung der Windkraft in der Nordsee, allerdings nur außerhalb der Schutzgebiete und sensiblen Bereiche. Das teilte der Dachverband Anfang September mit. Der LNV fordert zudem eine nordsee- oder zumindest deutschlandweite Windpark- und Kabel-Anbindungsplanung.

Es sei nicht zu akzeptieren, so der Verband, dass die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes alle Wasserstraßen und deren Randbereiche weiterhin von vornherein zu "Tabuzonen" erkläre, ohne weiter nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Die für die Anbindung der Offshore-Windparks in Auftrag gegebene sogenannte "Dena-Netzstudie" sei bis heute nicht fertig. Der LNV befürchtet daher einen "Kabelsalat" in den Schutzgebieten, weil konkrete Genehmigungsverfahren bereits laufen würden und erste Kabeltrassen bald genehmigt sein werden.

Die bundes- und landesweit zuständigen Behörden müssten sich endlich an einem Runden Tisch zusammenfinden, um eine gebündelte Kabeltrasse für alle Offshore-Windparks festzulegen - "umweltschonend, kurz und verbrauchernah". (vl) ■

• Weitere Informationen

Landesnaturerschutzverband Schleswig-Holstein e.V. (LNV), Burgstr. 4, 24103 Kiel
Tel. 0431-93027, Fax -92047
eMail: Inv-sh@t-online.de
www.lnv-sh.com

"Grobe Mängel" beim Emissionshandel

Solarenergie-Förderverein: Handel mit CO₂-Lizenzen ist wirkungslos

Anlässlich der Abstimmung im russischen Parlament über den Emissionshandel Ende Oktober, hat der Solarenergie-Förderverein Deutschland (SFV) Kritik an dem Konzept des Emissionshandels geübt. Der Handel mit Treibhausgasausstoß-Lizenzen sei wegen "völliger Wirkungslosigkeit und groben Mängeln" abzulehnen. Der Verein fordert statt dessen vermehrte nationale Anstrengungen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Nationale Vorreiterrolle wird nicht honoriert

Der Emissionshandel, so der SFV, erkenne nicht die volkswirtschaftlichen Vorteile einer nationalen Vorreiterrolle zugunsten des Umweltschutzes. Er betrachte Umweltschutz als Last, die weltweit gleichmäßig verteilt werden müsse. Vereinbarte Emissionsminderungen richteten sich wegen des Konsensprinzips nach dem "langsamsten Schiff des Geleitzuges". Die weltweit vereinbarte Emissionsminderung von fünf Prozent in 20 Jahren bedeute eine durchschnittliche Minderung von nur 0,25 Prozent jährlich, so die Kritik des Vereins.

Staaten haben kein Interesse an Kontrollen

Es fehlten zudem wirksame Kontrollinstrumente. Die zu kontrollierende Emissionsminderung sei erheblich kleiner als die technische Fehlertoleranz der Messungen. Der Erfolg des Emissionshandels werde bereits dann konterkariert, wenn jährlich nur 0,25 Prozent gefälschte Emissionszertifikate in den Handel geraten. Außerdem fehle das nationale Interesse an wirksamen Kontrollen: Da die Entdeckung von Verstößen dem betroffenen Staat Nachteile bringe, hätten die nationalen Kontrolleure kein Interesse an ehrlicher Aufklärung. Dazu komme, dass ein Staat seine Teilnahme beenden könne, ohne dass die Völkergemeinschaft ihn zur Fortsetzung zwingen könne. (vl) ■

• Weitere Informationen

Solarenergie-Förderverein Deutschland (SFV), Herzogstr. 6, 52070 Aachen
Tel. 0241-511616, Fax -535786
eMail: zentrale@sfv.de
www.sfv.de

Fördermaximum überschritten: Öl und Benzin immer teurer

Verbraucher sollen sich auf weitere Preissteigerungen vorbereiten

Verbraucher sollten sich auf künftig viel höhere Benzin- und Ölpreise einstellen. Darauf hat der Bund der Energieverbraucher Mitte Oktober hingewiesen. Das weltweite Fördermaximum sei bereits überschritten.

Die Nachfrage steige weltweit stark an. Großbritannien als früherer Exporteur, frage heute selbst am Weltmarkt Öl nach, weil die Nordsee-Ölfelder zur Neige gingen. Zudem steige Chinas Ölnachfrage ständig. Alle Versuche zur Ausweitung der Förderung blieben dagegen relativ erfolglos. Die Reserven der großen Ölfirmen reichten nur für sieben bis 13 Jahre, so der Bund der Energieverbraucher.

KfW fördert Umstellung von Häusern auf Niedrigenergiestandard

Der Verband rät, sich frühzeitig auf die Preissteigerung einzustellen. Umso einfacher könnten der Anstieg verkraftet werden. So sollten Hausbesitzer ihre Häuser möglichst rasch auf Niedrigenergiestandard bringen. Dies fördere die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) durch zinsgünstige Darlehen. Autofahrer sollten auf ein sparsames Auto und spritschonende Fahrweise umsteigen.

Höhere Energiesteuern sollen nötigen Strukturwandel beschleunigen

Vor einer Absenkung der Energiesteuern warnt der Bund der Energieverbraucher. Das sei der falsche Weg, weil Steuerlöcher an anderen Stellen die Volkswirtschaft bremsen würden. Auch der Umstieg auf Gas sei keine Lösung, weil auch bei Gas der Verbrauch seit Jahren die Neufunde übersteigen würde. Vielmehr sollte der Staat durch höhere Energiesteuern den Strukturwandel zusätzlich beschleunigen. Das bringe Deutschland einen Vorteil vor anderen Ländern und lasse hier zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. (vl) ■

• Weitere Informationen

Bund der Energieverbraucher e.V., Grabenstr. 17, 53619 Rheinbreitbach
Tel. 02224-92270, Fax -10321
eMail: info@energieverbraucher.de
www.energieverbraucher.de

Deutsch-brasilianische Atomkooperation am Ende?

Brasiliens Mitte-Links-Regierung kündigt Ausbau der Atomkraft an

Die brasilianische Regierung hat Ende Oktober weit reichende Pläne zum Ausbau der Atomkraft angekündigt: Geplant ist die Errichtung von vier weiteren Atomkraftwerken im Nordosten und dem Amazonasgebiet sowie die Aufnahme der industriellen Produktion von angereichertem Uran. Umwelt- und Entwicklungsorganisationen haben daraufhin die Regierungskoalition aufgefordert, ein Zeichen zu setzen und den deutsch-brasilianischen Atomkooperationsvertrag zu kündigen.

Ohne internationale Unterstützung könne die brasilianische Regierung ihre Pläne nicht realisieren. Grundstock dieser Kooperation ist ein bilaterales Atomabkommen aus dem Jahre 1975. Im November läuft für die Bundesregierung die Frist ab, die alle fünf Jahre mögliche Kündigung des Atomkooperationsvertrages vorzunehmen. Das sei die Chance, ein Signal zu setzen, dass es der Bundesregierung mit ihrem Atomausstieg ernst sei, auch international, erklärte ein Sprecher von Greenpeace Brasilien. Der Bau des brasilianischen AKW Angra 2 habe enorm zur Verschuldung Brasiliens beigetragen, und die Entsorgung des Atomabfalls sei nach wie vor völlig ungeklärt.

1994 hatte die SPD-Opposition von der damaligen Regierung gefordert, diese Kooperation zu beenden. Selbst an der Macht, ließ die rot-grüne Bundesregierung jedoch die nächste Kündigungsfrist 1999 ungenutzt verstreichen. Um dies in diesem Jahr zu verhindern, erinnerten 18 Umwelt- und Entwicklungsorganisationen die zuständigen Ministerien öffentlich an die nahende Frist. (vl) ■

• Weitere Informationen

Urgewald e.V., Barbara Happe, Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-69, Fax -33
eMail: barbara@urgewald.de
www.urgewald.de

Feinstaub: Umweltschützer drohen Städten mit Klage

Zahlreiche Kommunen verletzen ab 2005 die EU-Luftqualitätsrichtlinie

Der Umweltverband BUND hat Ende September den Städten und Gemeinden mit Klagen gedroht, sollten sie bis zum 1. Januar 2005 keine geeigneten Maßnahmen ergreifen, um die EU-Luftqualitätsrichtlinie einzuhalten. Diese schreibt ab 2005 feste Grenzwerte für Stickoxide, Partikel wie Dieselruß und andere Schadstoffe vor. Der BUND geht von 60 bis 100 Kommunen aus, in denen die Grenzwerte deutlich überschritten werden.

Große Probleme in Stuttgart, Berlin, München und Frankfurt am Main

Sehr drastisch sei die Lage in Stuttgart. Dort sei im vergangenen halben Jahr die 24-Stunden-Grenzwerte an 50 Tagen überschritten worden, obwohl Stuttgart bereits zwei Bundesstraßen durch die Stadt mit Tempolimits versehen hat. Aber auch andere Großstädte wie Berlin, Mannheim, München und Frankfurt am Main hätten Probleme, besonders bei der Einhaltung der Grenzwerte für Dieselruß.

Fahrverbot für Diesel von Filter wirksamste Maßnahme

Die wirksamste Maßnahme gegen Partikelbelastung ist dem BUND zufolge das Fahrverbot für Diesel ohne Rußfilter. Bisher aber seien solche Maßnahmen zwar in Graz und Innsbruck geplant, aber nicht in Deutschland. Deshalb bereitet der BUND zusammen mit Anwohnern nun Klagen vor, um die Gemeinden zur Not mit juristischen Mitteln zur Einhaltung der EU-Gesetze zu zwingen.

Zumindest in Berlin und Stuttgart gehen jedoch die Landesregierungen auf Konfrontationskurs: Die Landesregierungen Berlins (SPD/PDS) und Baden-Württembergs (CDU/FDP) brachten einen Entschließungsantrag im Bundestag ein, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Feinstaub-Richtwerte in Brüssel nochmals "überprüfen" zu lassen. (vl) ■

• Weitere Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Klimawandel verursacht erhebliche Kosten

DIW: Naturkatastrophen schaden der Volkswirtschaft

Der durch die Menschen verursachte Klimawandel hat schwerwiegende Auswirkungen für die Volkswirtschaft. Das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Mitte Oktober in seinem Wochenbericht mitgeteilt. Werde in den kommenden Jahren der Ausstoß der Treibhausgase nicht vermindert und steige die Temperatur global um ein Grad Celsius, würden Naturkatastrophen im Jahr 2050 in Deutschland voraussichtlich Schäden in Höhe von bis zu 137 Milliarden Euro anrichten.

Mehr Hitze, Fluten und Stürme

Weltweit sei mit Zerstörungen in Höhe von zwei Billionen US-Dollar zu rechnen. In Europa seien künftig vermehrt extreme Hitzeereignisse, Fluten und Stürme in der Stärke von Hurrikanen zu erwarten. Bereits in den vergangenen drei Jahrzehnten seien die ökonomischen Schäden aufgrund extremer Wetterereignisse um den Faktor 15 gewachsen. So habe die Hitzewelle 2003 in Europa Kosten von 10 bis 17 Milliarden Euro verursacht. Flexible klimapolitische Instrumente wie der Emissionsrechtehandel könnten das Ausmaß der Kosten einer Emissionsreduktion reduzieren.

Die russische Unterzeichnung des Kioto-Protokolls Russlands bedeute für Europa und besonders für Deutschland eine erhebliche Reduzierung der Kosten der Emissionsminderung, so das DIW. Auch Russland selbst profitiere: Der Emissionsrechtehandel könnte dem Land Mehreinnahmen von 20 Milliarden US-Dollar einbringen. (vl) ■

• Weitere Informationen

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Königin-Luise-Str. 5, 14195 Berlin
Tel. 030 / 89789-0, Fax -200
www.diw.de (Wochenbericht 42/2004)

Lesenswert, sehenswert

Geld vom Staat fürs Energiesparen

► Energiesparen und ein Wechsel zu erneuerbaren Energien lohnen sich angesichts aktuell und wohl auch künftig steigender Öl- und Gaspreise und auch dank der Fördermilliarden. Eine Informationsbroschüre des Bundesumweltministeriums (BMU) will "Licht in den Förderdschungel" bringen. Die Fördermaßnahmen des Bundes werden ausführlich erläutert; bei den Programmen von Ländern, Kommunen und Energieversorgern werden Einzelheiten und die Förderinstitutionen aufgeführt. Zusätzlich informiert die komplett aktualisierte Neuauflage der Broschüre Privatpersonen unter einer Telefon-Hotline sowie im Internet. Hier werden auch tagesaktuelle Änderungen angezeigt, die angesichts häufiger Programmänderungen in jedem Fall berücksichtigt werden sollten. (vl)

BMU/BINE (Hrsg.): Geld vom Staat fürs Energiesparen; Bezug: BMU, ÖA, 11055 Berlin, Fax 01888 / 305-2044, eMail: service@bmu.bund.de, www.bmu.de Förderhotline (BINE-Informationdienst Energie, Karlsruhe): Tel. 0228 / 9237914 Informationen und aktuelle Änderungen im Internet: www.energiefoerderung.info

Internet-Service zum Energiesparen an Schulen

► Energiesparen lohnt sich auch für Schulen, da sie die vom Energieverbrauch her wichtigsten öffentlichen Gebäude sind. 10 bis 15 Prozent des Energieverbrauchs lassen sich hier im Durchschnitt allein durch intelligentes Verhalten der Schüler und Lehrer einsparen. Für Schulen, die jetzt mit dem Energiesparen beginnen wollen, bietet das Umweltbüro Nord in Stralsund einen Internet-Service an. ● Neben einführenden Informationen gibt es dort Checklisten, mit denen Schüler der Sekundarstufe den Energieverbrauch ihrer Schule analysieren können, sowie Praxiserfahrungen aus Schulen. Weil im Normalfall nicht die Schulen, sondern nur die Schulträger von den Einsparungen profitieren, werden auch finanzielle Anreizsysteme vorgestellt, die die Motivation von Schulen deutlich erhöhen können. Eine ausführliche Linksammlung verweist auf vertiefende Informationen über Energie, Atmosphäre und Klima. Unterrichtsmaterialien zum Thema können in der Internet-Umweltbibliothek recherchiert und bestellt

werden. Schulen, die mehr tun wollen, können sich auf www.umweltschulen.de auch über Wasser, Abfall und weitere Umweltaspekte informieren oder mit einem Öko-Audit das Management einer ökologischen Schulentwicklung unterstützen. (vl)

www.umweltschulen.de/energie

Brettspiel zu Klimaforschung und Klimawandel

Das Brettspiel "Keep Cool", entwickelt von zwei Wissenschaftlern am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, stellt die Spieler vor die Entscheidung: persönliche Interessen oder Klimaschutz. Oder ist beides vereinbar? Das Spiel beleuchtet die verschiedenen Facetten des Klimawandels, ohne den Spaß am Spiel zu vergessen. "Keep Cool" deckt verschiedene natur- und sozialwissenschaftliche Themenfelder ab und unterstreicht damit die Interdisziplinarität der Forschung zu globalen Umweltveränderungen. Das Spiel ist wissenschaftlich fundiert und wird von einem professionellen Spieleverlag vertrieben. Die einfachen Regeln machen das Spiel für verschiedene Altersgruppen interessant. Drei bis sechs Spieler ab zwölf Jahren übernehmen die Rolle von "Global Players". Eine Partie des zweisprachigen Spiels (deutsch/englisch) dauert ein bis zwei Stunden. (vl)

"Keep Cool - Setzen Sie das Klima aufs Spiel", Brettspiel; Hrsg./Bezug: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), Haus A31, Telegrafenberg, 14473 Potsdam, Tel. 0331 / 288-2507, info@pik-potsdam.de

Film: Willkommen in einer strahlenden Zukunft

Frühjahr 2004, die "Tour de France pour Sortir du Nucléaire" besucht die einzelnen Stationen der Urankette: Uranabbau, -anreicherung, Wiederaufarbeitung, Zwischen- und Endlager. Der Film erläutert die zivile und die militärische Nutzung von Atomkraft, zeigt Transport- und Arbeitsbedingungen, widerlegt das Argument von der Verringerung des Treibhauseffekts und stellt die "neue" AKW-Generation, den European Pressurized Reactor (EPR), vor. Gezeigt werden auch die Protestaktionen während der Touretappen sowie eine Ausstellung über erneuerbare Energien. (vl)

trojan tv (Prod.): "Bienvenue dans un futur Radieux (Willkommen in einer strahlenden Zukunft)", VHS-Video oder DVD, 45 min, französisch mit deutschen oder englischen Untertiteln, 10,- Euro; Bezug: Organic Chaos Network, postbus 234, NL-2300 AE Leiden, eMail: trojan@nadir.org, Download: www.organicchaos.org



Genmais-Ernte in Deutschland hat begonnen

Wissenschaftliche Untersuchung angekündigt

Auf den Feldern des ersten großflächigen Erprobungsanbaus von gentechnisch verändertem Mais in Deutschland hat im Oktober die Ernte begonnen. Bayern und Brandenburg waren die ersten von sieben Bundesländern, in denen die Körner eingefahren wurden. Nach der Ernte Mitte Oktober soll nach Angaben des Vereins InnoPlanta die wissenschaftliche Auswertung in zwei voneinander unabhängigen Laboren folgen.

Der Gen-Mais soll resistent gegen den Schädling Maiszünsler sein. Mit dem Erprobungsanbau soll herausgefunden werden, wie weit ein Genmaissfeld von konventionellem Mais entfernt sein muss, damit sich die Sorten nicht vermischen. Der Versuch umfasst 300 Hektar an 29 Standorten in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die genaue Lage der Felder wurde nicht veröffentlicht. Umweltverbände wie der BUND oder NABU kritisieren seit Monaten die Versuche und die Geheimhaltungspolitik. Sie fürchten irreparable Schäden für Nachbarfelder von Bauern, die keinen Genmais anbauen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND, Gentechnik-Expertin Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 27586-456, Fax -40
eMail: heike.moldenhauer@bund.net
www.bund.net

www.erprobungsanbau.de
www.innoplanta.com
www.keine-gentechnik.de

Wissenschaftler streiten über Gentechnikgesetz

VDW widerspricht Stellungnahmen von Akademien und DFG

Die Vereinigung der Deutschen Wissenschaftler (VDW) hat einen Offenen Brief der Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften zur Grünen Gentechnik als unhaltbar kritisiert. In dem Brief behauptet die Akademien-Union, die Haftungsregelung im neuen Gentechnik-Gesetz sei überflüssig und schädlich, sie bedeute das Ende der Forschung auf dem Gebiet der Grünen Gentechnik. Aus Sicht der VDW fehlt der Stellungnahme die nötige Glaubwürdigkeit und Kompetenz.

Die VDW, die vor 45 Jahren von Atomwissenschaftlern um Carl Friedrich von Weizsäcker gegründet wurde, lehnt grundlos forschungsbehindernde Regulierungen ab. Die rund 400 Wissenschaftler/innen aller Disziplinen treten allerdings für einen verantwortungsbewussten Umgang mit technischen Innovationen ein. Ihren Forscherkolleg/innen von den Akademien der Wissenschaften wirft die VDW mangelnde wissenschaftliche Sorgfalt in der Bewertung des Gentechnik-Gesetzes vor.

Echte Wahlfreiheit nur durch Haftungsregelung

So widersprechen sich die Unions-Akademiker bei der Kritik an der Haftungsregelung selbst. Jahrelang hätten sie die Wahlfreiheit zwischen gentechnisch veränderter und gentechnikfreier Nahrung für Produzenten und Verbraucher gefordert. Die Behauptung, die Haftungsregelung sei nicht begründbar, weil sie angeblich nicht vorhandene Gesundheitsrisiken beträfe, führe diese Forderung ad absurdum, so die VDW. Denn nur wenn die konventionellen und biologischen Produkte durch Haftung geschützt würden, gebe es noch eine Wahlfreiheit.

Auch der These, die Haftungsbedingungen verhinderten die für die Begleitforschung notwendigen Freilandversuche, weil die Hochschulen das Risiko nicht tragen könnten, widerspricht die VDW. Eine sorgfältig geplante Forschung sei auch mit der vorgesehenen Haftung möglich, so die Experten. Lediglich eine flächendeckende industrielle Anwendung der Gentechnik könnte eingeschränkt werden. Dass die Industrie möglicherweise wegen Unrentabilität nicht weiter in die Gentechnologie investiere, sieht auch die VDW.

Wenn das die Befürchtung der Akademien sei, hätte sie diese jedoch auch so benennen müssen, so die VDW. Im übrigen sei Deutschland bei der Haftungsregelung an die UN-Konvention über biologische Vielfalt gebunden. Anfang 2004 hatte die Bundesregierung der Umsetzung einer Gentechnikhaftung ausdrücklich zugestimmt.

DFG-Präsident Winnacker im Interessenkonflikt?

Auch zahlreiche Umwelt- und Verbraucherverbände haben sich in den "Gelehrtenstreit" um die Grüne Gentechnik eingeschaltet. Sie forderten den Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) Ernst-Ludwig Winnacker zu mehr Sachlichkeit und Transparenz in der Auseinandersetzung um das Gentechnik-Gesetz auf. Winnacker hatte sich mit der Aussage, das Gentechnikgesetz sei "wissenschaftsfeindlich" und bedeute "das Ende der Grünen Gentechnik", zu Wort gemeldet.

Seine Kritiker/innen sehen bei ihm einen offensichtlichen Interessenkonflikt: Der DFG-Präsident ist gleichzeitig Mitglied des Aufsichtsrates von Bayer, dem größten Agro-Gentechnik-Konzern. Diese Verquickung werfe die Frage auf, für wen der Wissenschaftsfunktionär spreche. Neben anderen haben der BUND und der NABU den Offenen Brief an den DFG-Präsidenten unterschrieben. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Vereinigung der Deutschen Wissenschaftler (VDW), Marienstr. 19/20, 10117 Berlin
Tel. 030 / 284821-40, Fax -49
eMail: info@vdw-ev.de
www.vdw-ev.de

BUND, Pressestelle, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-464, Fax -449
eMail: presse@bund.net
www.bund.net

Müller-Milch darf weiter "Gen-Milch" genannt werden

Konzern zog Teil der Klage zurück

Der Milchkonzern Müller hat in einem von Greenpeace angestregten Berufungsverfahren vor dem Oberlandesgericht Köln einen Rückzieher gemacht. Das Unternehmen will nach eigenen Angaben die Bezeichnung seiner Produkte als mit "Gen-Milch" produziert im laufenden Verfahren nicht mehr verbieten lassen, wenn damit gemeint sei, dass die Milchkühe genmanipuliertes Futter bekommen haben. Bisher hatte Müller-Milch die Auffassung vertreten, das Wort "Gen-Milch" dürfe nur dann verwendet werden, wenn tatsächlich Bestandteile gentechnisch veränderter Organismen im Milchprodukt enthalten seien.

Greenpeace hatte im Frühjahr durch Analysen nachgewiesen, dass Müllers Milchkühe Gen-Futter bekommen. Der Konzern hat auch zugegeben, seine Produkte unter Verwendung von genmanipuliertem Tierfutter herzustellen. Das Oberlandesgericht signalisierte zuvor öffentlich, dass es voraussichtlich der Auffassung von Greenpeace folgen werde und dass Milch von Kühen, die genmanipuliertes Futter bekommen, im Rahmen der freien Meinungsäußerung "Gen-Milch" genannt werden darf - unabhängig davon, ob Gen-Veränderungen im Milchprodukt nachweisbar sind.

Auch die Aufforderung, bestimmte Produkte nicht zu kaufen, ist rechens

Das Gericht wies zudem darauf hin, dass es Organisationen wie Greenpeace, die nicht mit Müller-Milch in wirtschaftlichem Wettbewerb stehen, durchaus erlaubt sei, Verbraucher/innen aufzufordern, bestimmte Produkte nicht mehr zu kaufen, selbst wenn damit Umsatzeinbußen für das betreffende Unternehmen verbunden seien. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Initiative Moratorium gegen Gen-Food
eMail: 078222664-0001@t-online.de
www.gen-moratorium.de

Lesenswert

Thesaurus Ethik in den Biowissenschaften

Nach mehr als 3-jähriger Entwicklungszeit hat das Deutsche Referenzzentrum für Ethik in den Biowissenschaften (DRZE) jetzt ein mehrsprachiger Thesaurus für die Inhaltsschließung von bioethischen Publikationen zur Verfügung. Diese Hilfestellung bei der Literatursuche in medizinischen Datenbanken ist in 12 Sachgebiete unterteilt, die neben der allgemeinen Bioethik und medizinischen Ethik im Humanbereich auch die nicht-humanen Bereiche umfassen, wie die Tierethik und die Ethik des Umwelt- und Naturschutzes, der Landwirtschaft, der Gen- oder Biotechnologie. (db)

Thesaurus Ethik in den Biowissenschaften, Bonn 2004, 15,- Euro (Druckversion); Hrsg./Bezug: DRZE, Niebuhrstr. 53, 53113 Bonn, Tel. 0228 / 7319-30, Fax - 40, eMail: thesaurus@drze.de; Internet-Download und Online-Version (kostenlos): www.drze.de/thesaurus

■

Innenstädte verdichten, Freiraumqualität erhalten

Mittel und Wege bei Fachtagung diskutiert

Die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen beträgt rund 105 ha/Tag; zu den Zielen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gehört, die Flächeninanspruchnahme auf 30 ha/Tag zurückzuführen. Aktuell werden bestmögliche Lösungsvorschläge, wie dies zu erreichen ist, diskutiert. Städtebauliche Verdichtung ist eine Möglichkeit. Eine Fachtagung des Deutschen Rates für Landespflege im September diskutierte Mittel und Wege.

Aus der Sicht der Landespflege, die sich auch mit Siedlungsbereichen befasst, ist wesentlich, dass bei innerstädtischer Verdichtung zugleich die Qualitäten der Freiräume und Grünflächen erhalten oder sogar verbessert werden, worauf H. Sukopp, Deutscher Rat für Landespflege (DRL), in seiner Einführung hinwies. Voraussetzung sei, "Qualität" zu definieren, Indikatoren, Bewertungsmaßstäbe und Qualitätsmerkmale zu finden und auf ihre Anwendbarkeit hin zu untersuchen.

Koexistenz von wachsenden und schrumpfenden Stadtregionen

Über die Tendenzen und Perspektiven der Stadtentwicklung berichtete J. Gödecke-Stellmann, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn: Mit generellem Wachstum der Städte und Stadtregionen sei es vorbei. Die Gesellschaft müsse sich auf eine Koexistenz von gleichzeitig wachsenden und schrumpfenden Stadtregionen einstellen. Der demographische Wandel werde sich auf das Gesicht der Städte auswirken: Die derzeitige Bevölkerung in Deutschland werde bis zum Jahr 2050 um rund 9 % abnehmen - bei einem hohen Anteil älterer Menschen. Neue Strategien des Stadtumbaus sollten diese Entwicklungen berücksichtigen. Der ungebremste Trend zu größeren Wohn-, aber auch Gewerbe- und Verkehrsflächen, dürfe nicht weiter durch Zersiedelung der Landschaft, sondern müsse durch qualifizierte Entwicklung im Innenbereich befriedigt werden. Für die Kommunen ist es Herausforderung, einen adäquaten Stadtumbau finanzieren zu müssen.

Nutzungsgewohnheiten von Stadtbewohnern unterschiedlich

Städtische Freiräume haben wichtige soziokulturelle Bedeutungen. M. Spithöver, Universität Kassel, wies darauf hin, dass die Nutzungsgewohnheiten der Stadtbewohner/innen ganz unterschiedlich ausgeprägt sind. Sie hängen von Alter, Bevölkerungsschicht, dem Geschlecht und der ethnischen Gruppenzugehörigkeit ab. Die Ausstattung mit öffentlichen Freiräumen ist oft unzureichend, um den Ansprüchen dieser Nutzergruppen gerecht zu werden und Wohlgefühl zu ermöglichen. Ausgrenzung sei daher oft eine Folge. Nachbesserung wäre planerisch oftmals möglich und notwendig. Weil privat nutzbare Flächen nicht für jedermann verfügbar sind, könnten auch im Geschosswohnungsbau nutzbare Freiräume geschaffen werden. Beispiele belegen viele positive Wirkungen: Bürgerbeteiligung, Eigenleistungen, mehr freie Zeit für Mütter und Kinder.

Quantitative und qualitative Beurteilung von Freiflächen

Die Bedeutung städtischer Freiflächen für die Funktionen der Umweltmedien Boden, Wasser, Klima sowie Pflanzen- und Tierwelt ist belegt. I. Kowarik, Technische Universität Berlin, erläuterte, dass diese Funktionen sich naturwissenschaftlich analysieren und beurteilen lassen. Zu den quantitativen Analysen gehörten allerdings auch qualifizierende Merkmale, die die Leistung der Freiflächen charakterisieren. Leistung sei geprägt durch die Fragen: was, wo, wieviel, für wen? Dieser Bewertungsschritt erfordere allerdings Konsens über normative Grundlagen sowie Leitbilder und Ziele, die vorgeben, wie Natur und Umwelt, wie Freiflächen in der Stadt aussehen sollten. Vor einer übermäßigen Nachverdichtung wurde jedoch gewarnt.

G. Arlt, Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden, stellte einen Ansatz zur Bewertung der ökologischen Flächenleistungen vor, der inzwischen in 116 kreisfreien Städten Deutschlands überprüft wurde. Eingegangen seien Merkmale wie Versiegelungsgrad, Grün- und Wasserflächenanteile, Grünvolumen, Bevölkerungs- und Siedlungsdichte. Die untersuchten Städte lassen sich im Hinblick auf ihre ökologischen Qualitäten kategorisieren. Das Verfahren wird weiter erprobt, um politisch-argumentativ hieb- und stich-

fest zu werden und rein ökonomisch orientierte Bewertungsansätze zu ergänzen.

Lösungsmöglichkeit: kleinräumige Mischung von Wohnen und Arbeiten

Über die Umnutzung eines ehemaligen Kasernengeländes in Tübingen, einer Mischung aus bebauten und unbebauten Brachflächen, berichtete A. Feldtkeller. Damit sollte eine kleinräumige Funktionsmischung von Wohnen und Arbeiten erreicht werden. Für viele Nutzergruppen ergaben sich Vorteile: Ältere Menschen sind integriert und haben kurze Wege zu Geschäften, Mütter können arbeiten und sind kurzfristig für ihre Kinder ansprechbar, Autos sind entbehrlich. Hohe Verdichtung und gute Freiraumqualität wurden realisiert. Das Projekt zeichnet sich durch großes bürgerschaftliches Engagement aus.

H. Holzapfel, Universität Kassel, plädierte für möglichst viele kleinteilige und multifunktionale, funktionsgemischte und für Kommunikation geeignete Stadtquartiere. Diese deckten sich am ehesten mit den Alltagsbedürfnissen der Stadtbewohner in allen Lebensphasen und haben dadurch besondere Vorteile. Seine Aussagen fußen auf der empirischen Untersuchung EVALO (Eröffnung Von Anpassungsfähigkeit für Lebendige Orte, gefördert vom BMBF).

Neue Planungskategorie Innenentwicklungsplan

C. Küpfer, Fachhochschule Nürtingen, begründete anhand der Beispiele Pfullingen und Wiesensteig die Notwendigkeit einer neuen Planungskategorie "Innenentwicklungsplan zum Flächennutzungsplan" - vergleichbar einem Landschaftsprogramm oder einem Grünordnungsplan. Ziel ist die Entwicklung von Konzepten zur Verbesserung der innerstädtischen Freiraumqualität (z. B. Vorschläge für bauliche Verdichtung und für notwendige Freiflächen). Insbesondere in kleineren Städten könnten solche Innenentwicklungspläne Bedeutung entfalten.

Neue ökonomische Instrumente zur Steuerung des Flächenverbrauchs

Die Aus- und Neugestaltung ökonomischer Instrumente zur Steuerung der Flächeninanspruchnahme ist ein schwieriger Balanceakt: Gewerbesteuer, Einkommenssteuer, kommunaler Finanzausgleich belohnen noch das Wachstum. Flächeninanspruchnahme werde z. B. über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der

regionalen Wirtschaftsstruktur" quasi subventioniert, wie U. Taeger, Bundesumweltministerium, Berlin, erläuterte. Alle Änderungsvorschläge bedürften daher der gründlichen Prüfung ihrer Auswirkungen, insbesondere der sozialen Folgen, um ausreichend Akzeptanz zu erhalten. Viel Forschungs- und Entwicklungsbedarf sei nötig, um auch innovative Instrumente, wie handelbare Flächenausweisungszertifikate, zu testen.

Kommunale Flächenhaushaltspolitik mit Berichtspflicht

L. Finke, Universität Dortmund, forderte, dass die Kommunen konsequent Flächenhaushaltspolitik - verbunden mit einer Berichtspflicht - betreiben sollten, um damit Neuinanspruchnahme von Flächen zugunsten von Wieder- bzw. Umnutzung von Brach-, Konversions-, Gewerbe-, Industrie- und Infrastrukturf lächen zu vermeiden. Ziel müsse eine behutsame Nachverdichtung unter Beachtung der Erhaltung von Freiraumqualitäten sein, woraus folge, dass es auch Grenzen von Verdichtung gibt.

Tagungsband im Frühjahr

Der DRL wird die Ergebnisse der Tagung auswerten und dabei besonders Fragen der Definition und Merkmale von Freiraumqualität behandeln; diese Stellungnahme soll zusammen mit den Vorträgen der Fachtagung im Frühjahr 2005 veröffentlicht werden. ■

Gastautorin: Angelika Wurzel, Deutscher Rat für Landespflege

● **Weitere Informationen**

Angelika Wurzel, Geschäftsstelle des Deutschen Rates für Landespflege, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
Tel. 0228 / 33-1097, Fax -4727
eMail: drl-bonn@t-online.de

Internet-Plattform Reginet wächst

Regionalbewegung will Gegenpol zur Globalisierung setzen

Täglich besuchen etwa 200 Interessierte die Internetseite www.reginet.de und rufen dort etwa 2.000 Dokumente auf. Damit habe sich die vor fünf Jahren gestartete Netzplattform zur Informationsbörse der deutschen Regionalbewegung entwickelt, teilte der Deutsche Verband für Landschaftspflege (LPV) mit. Der DNR-Mitgliedsverband betreut die Homepage von Beginn an. Bundesweit beteiligen sich 450 Initiativen und Projekte.

Das Reginet sei damit ein Indikator für den zunehmenden Erfolg der Regionalbewegung in Deutschland, so der LPV. "In Zeiten von Hartz IV, gekennzeichnet von allgemeiner Depression und zögerlicher Umsetzung gesellschaftlicher Reformen, packen diese Projekte praktisch an und setzen einen Gegenpol zur Globalisierung", stellte der Verband fest. (db) ■

● **Weitere Informationen**

Deutscher Verband für Landschaftspflege, Feuchtwanger Straße 38, 91522 Ansbach
Tel. 0981 / 465335-40, Fax -50
eMail: info@lpv.de
www.lpv.de
www.reginet.de

Nachhaltigkeitsaudit für Schulen

Schulen, die sich mehr an den Zielen der Nachhaltigkeit orientieren möchten, verfügen nun über ein neues Hilfsmittel, das eine systematische, nachhaltige Schulentwicklung unterstützen soll: das SINA-Nachhaltigkeitsaudit. Der Verein zur Förderung der Ökologie im Bildungsbereich hat das Verfahren entwickelt. Es orientiert sich an gängigen Methoden des Qualitätsmanagements und des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses. Im September wurde das Audit im Zentrum für Umweltkommunikation der DBU in Osna-brück vorgestellt. (db) ■

● **Weitere Informationen**

Projekt SINA, Dr. Inka Bormann, Dr. Andrea Schmalz, Arnimallee 9, 14195 Berlin
Tel. 030 / 8385-2744, Fax -5065
eMail: bormann@prosina.de,
schmalz@prosina.de
www.prosina.de

Umweltbewegung soll Sozialdebatte führen

Thilo Bode: Nicht Lösungen fehlen, sondern deren Durchsetzung

Die Umweltbewegung verschleife die Debatte über die Reform der Sozialsysteme. Mit diesem Vorwurf hat der Geschäftsführer der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch und ehemalige Greenpeace-Chef Thilo Bode die Umweltverbände scharf angegriffen. In einem Beitrag für die "Blätter für deutsche und internationale Politik" schrieb Bode im Oktober, die Proteste gegen die Agenda 2010 könnten nicht losgelöst von ökologischen Fragen gesehen werden. Wenn die Kosten für die sozialen Sicherungssysteme von forciertem Wachstum abhängig gemacht würden, könne das System nicht ökologisch nachhaltig sein. Die Verbände müssten sagen, wie ein ökologisches Steuersystem aussehen solle, das mehr ist als eine Weiterentwicklung der Ökosteuer. Bode fordert die Umweltverbände auf, die rot-grüne Bundesregierung stärker zu kritisieren. Mit dem oft vorgebrachten Argument, unter einer konservativen Regierung wäre alles noch schlechter, würden sich die Verbände instrumentalisieren lassen. Nicht technische und politische Lösungen seien heute das Problem, sondern deren Durchsetzung. Die Umweltbewegung müsse das "wärmende Nest der politischen Systeme und Verhandlungen" verlassen, Synergien mit den Globalisierungskritikern suchen und die Machtfrage stellen, sonst verkümmere sie zur "Umweltgewerkschaft". (ab) ■

• Weitere Informationen

Foodwatch e. V., Brunnenstr. 181,
10119 Berlin
Tel. 030 / 28093995
eMail: info@foodwatch.de

Nachhaltigkeitsstrategie: Kritik am "Fortschrittsbericht"

Umweltverbände: Bundesregierung setzt nur auf Wirtschaftswachstum

Die Umweltverbände DNR, BUND und NABU haben den im Oktober vorgestellten Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung kritisiert. Der Bericht gehe nicht auf den Widerspruch zwischen wirtschaftsorientierter Wachstumspolitik und den Ansprüchen einer ökologisch und sozial ausgewogenen Entwicklung ein. Außerdem würden Defizite in der Agrar-, Verkehrs- und Energiepolitik nicht angemessen bilanziert.

Themen Bildung, Artenvielfalt und Steuerpolitik gestrichen

Als großen Rückschritt bezeichneten die Verbände den Entschluss der Bundesregierung, sich nicht auf konkrete Themen zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie festzulegen. Nach Ansicht des NABU ist eine Strategie zum Erhalt der Artenvielfalt dringend nötig und muss Baustein der Nachhaltigkeitsstrategie sein. Des Weiteren bemängelt der DNR, dass die Zusicherung, die Themen Bildung, biologische Vielfalt und Finanzpolitik in den kommenden zwei Jahren schwerpunktmäßig zu behandeln, mit der Streichung aus dem Fortschrittsbericht rückgängig gemacht worden ist.

Mit einem Bekenntnis zur Weiterentwicklung der ökologischen Finanzreform hätte die Bundesregierung ein wichtiges Signal für die kommenden politischen Debatten geben können. Der BUND kritisierte den fehlenden Mut von Rot-Grün sich für eines ihrer wichtigsten Erfolgsprojekte einzusetzen. Auf der anderen Seite werde Umweltzerstörung mit Milliarden subventioniert. (db) ■

• Weitere Informationen

DNR, Annette Littmeier, Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
eMail: annette.littmeier@dnr.de

BUND, Christine Wenzl, Berlin
Tel. 030 / 27586-462, Fax -440
eMail: christine.wenzl@bund.net

NABU, Evelyn Faust, Berlin
Tel. 030 / 284984-11, Fax -85
eMail: evelyn.faust@nabu.de

www.nachhaltigkeits-check.de

Rot-Grün soll ökologische Erneuerung einleiten

BUND: Zweite Halbzeit von Rot-Grün darf nicht Stillstand bedeuten

Der BUND hat die Bundesregierung aufgefordert, in der zweiten Amtsperiode mehr ökologische Innovationen umzusetzen und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei gehe es auch darum, die Bevölkerung zu einem umweltbewussteren Leben aufzufordern, indem Umweltschutz ressortübergreifend gestaltet und offensiv vermittelt werde, so der Umweltverband im Oktober.

Durch eine moderne Chemiepolitik müsse zudem der Schutz vor giftigen Chemikalien gewährleistet werden. Außerdem fordere der BUND ein flächendeckendes Lärmschutzprogramm und eine Senkung der Stickstoffemissionen. Als Beitrag zum Klimaschutz müsse es ein Energieeffizienzprogramm und eine Erhöhung des Anteils von regenerativem Strom geben. Des Weiteren sei eine Kennzeichnung von gentechnikveränderten Futtermitteln und die Sicherung gentechnikfreier Lebensmittel wichtig. Eine weitere BUND-Forderung ist, dass nur noch umwelt- und tiergerechte Wirtschaftsweisen subventioniert werden.

Vom Unions-dominierten Bundesrat forderte der BUND, er solle endlich dem Verbot von Legebatterien zustimmen. Die Erhaltung von Naturschutzgebieten, insbesondere des "Grünen Bandes" müsse gesichert und das EU-Schutzgebietsnetz "Natura 2000" durch einen Biotopverbund ergänzt werden.

Um Deutschland zukunftsfähig zu machen, sei das Absenken erreichter Standards der falsche Weg, so der BUND. Nötig sei eine Politik, die alle Chancen der ökologischen Modernisierung nutze. (db) ■

• Weitere Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179
Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Lesenswert

Deutschland - Ein Ökomärchen

Ob Öl am Nordseestrand oder Spaßtouristen in den Alpen, die vage Hoffnung auf den Atomausstieg oder die Gewissheit des Artensterbens: Deutschland bietet zu Beginn des dritten Jahrtausends Zukunftsperspektiven, die zumindest denen, die das Leben noch vor sich haben, Angst machen können. In Zeiten, in denen internationaler Austausch zunehmend als ökonomisches Kräfteressen definiert wird und Sozial- wie Umweltstandards nach unten angeglichen werden, ist die soziale Frage neu gestellt - und erstmals direkt mit der ökologischen Frage verknüpft. Diese und viele andere Themen behandelt diese Satire, eine fiktive Deutschlandreise in freier Anlehnung an Heines Wintermärchen. Der lakonische bis groteske Stil entgeht dem Schicksal der meisten Umweltgedichte, anklagend und damit wirkungslos zu sein. (mb)

Frank Wunsch: Deutschland - Ein Ökomärchen, Edition Octopus, Münster 2004, 210 S., 14,80 Euro, ISBN 3 937312 70 6

Jane Goodalls 10 Gebote zum Leben in Frieden mit der Natur

Jane Goodall, bekannt durch ihre Studien über das Verhalten von Schimpansen im afrikanischen Nationalpark Gombe, und Marc Bekoff, Professor für Biologie an der Universität von Colorado (USA), machen darauf aufmerksam, wie schlecht es um die Erde steht und wie wichtig eine ethische Haltung gegenüber allen Geschöpfen ist. Jedes Lebewesen habe ein Recht auf Leben, nicht nur Menschen und Tiere, sondern auch alle Pflanzen, die Basis jeden Lebens seien. In zehn Kapiteln entwickeln die Autoren zehn Pflichten, die helfen sollen sich einer Welt zu nähern, "in der wir Menschen miteinander, mit den Tieren und mit der Natur in Frieden leben". Die Pflichten bestehen u. a. darin, Respekt allem Leben zu zollen, diesen auch den Kindern zu vermitteln und Zivilcourage zu zeigen. Das Buch wendet sich an alle, die noch Hoffnung für die Zukunft haben, und will einen Weg zeigen, "ein besserer und sensiblerer Mensch zu werden". (db)

Jane Goodall, Marc Bekoff: 10 Pflichten, um uns und das Königreich der Tiere zu retten, Bombus-Verlag, München 2004, 290 S., 19,90 Euro, ISBN 3 936261 26 1

Die Zukunftsanleihe für nachhaltiges Wachstum

Maximilian Gege, Geschäftsführender Vorstand des Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M. e. V.; siehe S. 6), stellt ein überraschend einfaches Modell vor, um nachhaltiges Wachstum zu fördern und allgemeinen Wohlstand zu erreichen: Ein 10-Jahres-Zukunftsprogramm soll Milliardeninvestitionen in Unternehmen und Privathaushalten auslösen und so mehrere Millionen Arbeitsplätze schaffen, die Infrastruktur verbessern und zusätzliche Mittel für Bildung, Forschung und Entwicklung gewinnen. Im Gegenzug sollen die Staatsverschuldung, der Energieverbrauch und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert werden. Das erbrächte auch einen bedeutenden Klimaschutzbeitrag sowie einen Rückgang der Energiekosten in Milliardenhöhe, die allen Verbrauchern zugute kommen sollen. Konkret schlägt Gege vor, dass Teile des Geldvermögens der Bundesbürger in Höhe von 4.000 Milliarden Euro sowie frei werdende Mittel aus einem konsequenten politischen Umsteuern in eine über zehn Jahre laufende, mit 5 % verzinsliche Anleihe investiert werden. Die Gelder aus dieser Anleihe sollen gezielt genutzt werden, um Energieeffizienz und Energiesparen in Haushalten und Unternehmen zu erhöhen und die Erneuerbaren Energien zu fördern. Das Buch wendet sich an Verantwortliche in Politik, Unternehmen und Gesellschaft und alle Bürger/innen, "die einen Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und solidarischen Welt leisten wollen". Das Konzept sei einfach umzusetzen und weltweit auf andere Regionen und Länder übertragbar. (db)

Maximilian Gege: Die Zukunftsanleihe - Wie Deutschland ein Modell für nachhaltiges Wachstum und weltweiten Wohlstand werden kann, Ökom-Verlag, München 2004, 256 S., 19,90 Euro, ISBN 3 93658143 6, www.oekom.de, www.baumev.de

Praxisleitfaden zum Agrar-Umweltmanagement

Umweltmanagementsysteme werden in der Industrie und in der gewerblichen Wirtschaft schon seit Jahren mit großem Erfolg eingesetzt; in der Landwirtschaft sind sie weniger bekannt. Dies liegt in den Besonderheiten der Agrarwirtschaft - aber auch daran, dass diese Systeme in der Landwirtschaft weniger bekannt sind. Mo-

derne Instrumente des Umweltmanagements (EMAS, ISO 14001) spielen in der landwirtschaftlichen Ausbildung kaum eine Rolle, und Motivationen zur Anwendung des Agrar-Öko-Audits gehen vom Berufsstand selbst nicht aus. Um die Informationsdefizite zu beheben, hat das Bundesumweltministerium (BMU) einen anwendungsorientierten "Praxisleitfaden zur beständigen Verbesserung der Umweltleistungen von Landwirtschaftsbetrieben" erstellen lassen. Dieser stellt das "Agrar-Öko-Audit" auf der Basis der europäischen EMAS-Verordnung vor und gibt Hilfestellungen zum Aufbau und zur Anwendung von Umweltmanagementsystemen in landwirtschaftlichen Betrieben. (db)

Praxisleitfaden zur beständigen Verbesserung der Umweltleistungen von Landwirtschaftsbetrieben, 50 Seiten, kostenlos, Berlin 2003; Hrsg./Bezug: BMU, Alexanderplatz 6, 10178 Berlin, Tel. 030 / 018883050, Internet-Download (PDF-Datei, 470 kB): www.bmu.de/files/emas_leitfaden_landwbetriebe.pdf



Sicherung des Nationalen Naturerbes in Gefahr

Naturprojekt "Grünes Band" droht zu scheitern

Der BUND sieht das "Grüne Band" entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenzlinie in Gefahr. Obwohl die Bundesregierung bereits vor einem Jahr im Sommer die kostenlose Übergabe von rund 10.000 Hektar Fläche an die Länder zugesagt habe, sei bislang nichts geschehen. Damals hatte die Bundesregierung erklärt, ihre Flächen komplett und unentgeltlich abzutreten. Einzige Bedingung war die Beteiligung aller betroffenen Länder und die Ausweisung der Areale als Naturschutzgebiet. Das Bundesfinanzministerium erwägt dem BUND zufolge jedoch jetzt einen Verkauf der Flächen für acht Millionen Euro.

Wichtig für den Schutz gefährdeter Arten

Entlang des ehemaligen "Eisernen Vorhangs" soll vom Nördlichen Eismeer bis zum Schwarzen Meer quer durch Europa ein 8.500 Kilometer langer Biotopverbund durch 22 Länder führen. Der 1.400 Kilometer lange durch Deutschland verlaufende Streifen bietet über 600 gefährdeten Tier- und Pflanzenarten Schutz. Es gibt 109 verschiedene Biotoptypen, von Heideflächen über Flussauen und naturbelassene Altwälder bis hin zu Wiesen und Mooren. Allen Flächen ist gemein, dass sie sich in den Jahrzehnten des Kalten Krieges nahezu ungestört entwickeln konnten. 85 Prozent des "Grünen Bandes" sind noch völlig unberührt.

Knapp drei Viertel des insgesamt 17.700 Hektar großen "Grünen Bandes" gehören laut BUND dem Bund, 20 Prozent sind in Privatbesitz, 13 Prozent gehören Ländern, Kommunen oder Kirchen und zwei Prozent Naturschutzverbänden. Etwa ein Drittel der gesamten Fläche wurde bislang unter Naturschutz gestellt. (db) ■

• Weitere Informationen

BUND/Bund Naturschutz in Bayern, Kai Frobel, Projektleiter Grünes Band
Tel. 0911 / 8187819
eMail: kai.frobel@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

FFH-Schutzgebietmeldungen an die EU: Frist läuft ab

Niedersachsen will Natur so wenig wie möglich schützen

Die Frist für die zwischen der Bundesregierung und der EU-Kommission ausgehandelte Moratorium im Zwangsgeldverfahren wegen ungenügender FFH-Gebietmeldungen läuft Gefahr nicht eingehalten zu werden. Der Beschluss der niedersächsischen CDU/FDP-Landesregierung von Anfang Oktober, die Weser- und Emsmündung nur teilweise als potentiell FFH-Gebiet und damit als Bestandteil des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 nach Brüssel zu melden, wird den Nachmeldforderungen der EU-Kommission voraussichtlich nicht genügen.

Deutschland drohen Zwangsgelder bis 750.000 Euro täglich

Nach Verstreichen der Frist, die bis Ende 2004 reicht, drohen Deutschland Zwangsgelder bis zu 750.000 Euro pro Tag. Für den seit 1995 anhaltenden unrühmlichen Meldeverzug Deutschlands scheint somit immer noch kein Ende in Sicht.

Zur zukünftigen Umsetzung von Natura 2000 gab der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) auch gleich seine Vorstellungen bekannt: Man werde "die mildesten Sicherungsvorschläge machen, die für die Verwirklichung der Erhaltungsziele möglich sind", sagte der Minister. "Wir wollen die Entwicklung Niedersachsens nicht mehr als gefordert einschränken." (tf) ■

• Weitere Informationen

Niedersächsisches Umweltministerium,
Archivstr. 2, 30169 Hannover
Tel. 0511 / 120-3422
eMail:
justina.lethen@mu.niedersachsen.de
www.mu1.niedersachsen.de

Bundesumweltministerium, Alexanderplatz 6, 11055 Berlin
Tel. 01888 / 305-0, Fax 2044
www.bmu.de

Volksbegehren gegen Bayerns Forstreform zugelassen

Viele Bürger/innen sind dagegen

Das Volksbegehren gegen die Forstreform in Bayern ist zugelassen. Das "Wald-Bündnis Bayern", das durch die Reform eine "schleichende Privatisierung" mit negativen ökologischen Folgen für den Wald befürchtet, hat damit die erste Stufe für ein Volksbegehren genommen.

Bis Ende November in Listen auf den Rathäusern eintragen

► Bis Ende November müssen sich mindestens zehn Prozent der stimmberechtigten Einwohner Bayerns auf ausliegenden Listen in den Rathäusern eintragen, damit dann in einer dritten Stufe ein Volksentscheid stattfinden kann.

Die bayerische Staatsregierung wolle die Staatswälder nur noch gewinnorientiert bewirtschaften lassen, kritisierte der Bund Naturschutz in Bayern die geplante Reform. "Der Zwang zum Profit führt zu öden Fichtenmonokulturen, stetigen Lärm durch massiven Einsatz von Großmaschinen, dem Verlust der Schönheit und Vielfalt unserer Wälder." Naturerlebnis, Erholung und Trinkwasserschutz seien bedroht.

Die 28 Verbände des Wald-Bündnisses hatten 100.000 Unterschriften von Bürger/innen gesammelt, die über die Zukunft des bayerischen Waldes abstimmen wollen. Nach dem Gesetz sind für einen Antrag auf ein Volksbegehren 25.000 Unterschriften nötig. Da derzeit in fast allen Bundesländern Forstreformen stattfinden oder diskutiert werden, könnte der Ausgang des bayerischen Volksbegehrens eine bundesweite Signalwirkung haben. (db) ■

• Weitere Informationen

Aktionsbüro des Volksbegehrens "Aus Liebe zum Wald", Joseph-Schlecht-Str. 1b, 85354 Freising
Tel. 08161 / 4945-38, Fax -87
eMail: info@volksbegehren-wald.de
www.volksbegehren-wald.de

Storchenbruten gingen zurück

NABU stellte neue Zahlen vor:

Langfristiger Bestand gefährdet

Nach Angaben der NABU-Bundesarbeitsgemeinschaft Weißstorchschutz haben im Jahr 2003 weniger als 4.200 Weißstorchpaare in Deutschland gebrütet. Damit setzte sich auch 2003 der leichte Abwärtstrend bei der Anzahl der Störche fort. Noch im Jahr 2000 hatten mehr als 4.400 Paare in Deutschland gebrütet. Insbesondere der geringe Bruterfolg der Storchenpopulation sei Besorgnis erregend gewesen, so der NABU im Oktober. In den meisten Bundesländern waren durchschnittlich weniger als zwei Junge in den Nestern, was zum langfristigen Bestandserhalt nicht ausreicht.

2004: Wieder Trendwende nach oben?

Erste Ergebnisse des Sommers 2004 deuten jedoch eine erfreuliche Trendwende an. So brüteten in Schleswig-Holstein mit 238 Storchenpaaren 10 % mehr als im Vorjahr und auch der Bruterfolg war mit 2,1 Jungen pro Nest für diese Region überdurchschnittlich gut. Die bundesweite Zusammenstellung für den Sommer 2004 wird noch einige Zeit dauern. Die Zählungen werden jährlich durchgeführt.

Höchste Siedlungsdichte an der Elbe

Weißstörche siedeln in allen 16 Bundesländern, wobei mit jeweils über 1.000 Storchenpaaren Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die storchenreichsten Bundesländer sind. Die höchste Siedlungsdichte des Weißstorchs findet sich entlang der Elbe, da es dort noch feuchte Auwiesen und Altwässer gibt. (db) ■

• Weitere Informationen

NABU, Storchenexperte Kai-Michael Thomsen
Tel. 04885 / 570
www.nabu.de

Sinkende Bevölkerungszahl ist Chance für Wildtiere

Demographische Lage günstig für Neuansiedlung von Wölfen und Luchsen

Angesichts der demographischen Bedingungen haben Wölfe und Luchse in Deutschland wieder eine Chance heimisch zu werden. Dies teilte das Bundesamt für Naturschutz (BfN) im Oktober mit. Wölfe hätten vor allem in den östlichen Bundesländern eine Chance. Für Luchse verbesserten sich die Lebensbedingungen auch in der Eifel, im Pfälzerwald, im Schwarzwald sowie im Bayerischen Wald. Voraussetzung hierfür sei aber, dass weniger Flächen beansprucht und weniger Straßen gebaut würden.

Bundesamt: Natur darf vielerorts nicht sich selbst überlassen werden

Das BfN warnte zugleich davor, die Natur ganz sich selbst zu überlassen. Viele Schmetterlinge, Vögel oder auch Orchideen fänden dann kein Auskommen mehr, wenn die Kulturlandschaft nicht weiter bewirtschaftet werde. Neue Subventionen seien dafür nicht erforderlich. Die Erzeugung von Rohstoffen, aus denen Strom, Wärme oder Kraftstoff gewonnen werde, lohne sich aufgrund der derzeit hohen Ölpreise auch ohne Subventionen. (db) ■

• Weitere Informationen

Bundesamt für Naturschutz, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
Tel. 0228 / 8491-0, Fax -200
pbox-presse@bfn.de
www.bfn.de

Lesenswert

Naturschutz und Nationalsozialismus

Vor 30 Jahren begann mit den ersten Umweltschutz-Bürgerinitiativen die Erfolgsgeschichte der Grünen. Entgegen der damaligen Wahrnehmung hatte deren vermeintlich neues Gedankengut bereits eine lange Geschichte, die in der Romantik begann, in der Lebensreformbewegung vor 100 Jahren einen ersten Höhepunkt erlebte und dann von den Nationalsozialisten aufgegriffen und propagandistisch genutzt wurde. Letzteres wird oft verschwiegen. Der Kongress "Naturschutz und Nationalsozialismus" 2003 machte die Verstrickungen erstmals für die breite Fachöffentlichkeit sichtbar. Der nun erschienene Tagungsband gibt differenzierte Antworten auf die Frage nach der Schnittmenge von Nationalsozialismus und Naturschutz. Zu Tage kommt dabei Überraschendes. Nie war eine deutsche Regierung so mit Natur-Ideologie befrachtet wie das Hitler-Regime. Schon 1933 wurde ein neues Tierschutzgesetz erlassen, 1935 ein Naturschutzgesetz (Beide wurden nach dem Krieg weitgehend übernommen und galten lange als vorbildlich). Zu den peinlichsten Kapiteln gehört das damalige angepasste Verhalten der meisten Naturschutzverbände, etwa des NABU-Vorläufers Reichsbund für Vogelschutz oder des Bund Naturschutz, aus dem später der BUND hervorging. Auch spätere Umweltschützer-Generationen ließen dieses Kapitel deutscher Geschichte weitgehend in den Schubladen. Das Buch öffnet sie und bringt eine lange bemäntelte Kontinuität des deutschen Naturschutzes ans Licht. Bundesumweltminister Jürgen Trittin, dessen Ministerium den Kongress und das Buch unterstützte, schreibt im Vorwort: "Es gab eine sehr erhebliche ideologische Schnittmenge, es gab zahlreiche Berührungspunkte und vor allem gab es eigentlich keinen Punkt, an dem Naturschutz und Nationalsozialismus ideologisch grundsätzlich unvereinbar waren. All das mag für einen Naturschützer unangenehm sein - aber es ist die historische Wahrheit." (ab)

Joachim Radkau, Frank Uekötter (Hrsg.): Naturschutz und Nationalsozialismus, Campus-Verlag, Frankfurt a. M. 2003, 487 S., 49,90 Euro, ISBN 3 593 37354 8

Leitfaden für die Erarbeitung verbandlicher Stellungnahmen

Die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes 2002 hat die Liste der Beteiligungsfälle deutlich erweitert. Bislang fehlten jedoch aktualisierte einfache und forschreibungsfähige Darstellungen und Hinweise dazu, welche Mindestanforderungen und fachlichen Aspekte von den anerkannten Vereinen in Stellungnahmen zu prüfen und vorzubringen sind. In dem Leitfaden werden nun die bundesrechtlichen Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes 2002 zur Verbändebeteiligung erläutert. Dabei werden detailliert Anforderungen an das Beteiligungsverfahren und an qualifizierte Stellungnahmen formuliert. Fragen wie "Was tun bei unzureichender Beteiligung?" und die Verbandsklagemöglichkeiten werden kurz angesprochen sowie die bald durch die Aarhus-Konvention zu erwartenden Erweiterungen der Verbändebeteiligungsmöglichkeiten aufgezeigt. Neben einem tabellarischen Überblick über die nach Bundesrecht beteiligungspflichtigen Verfahren finden sich in dem Buch auch eine Musterstellungnahme, ein Musterantrag für Anfragen nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG) sowie eine Checkliste zu wichtigen fachlichen und rechtlichen Aspekten, die in jeder Stellungnahme überprüft werden sollten. Der vorgelegte Leitfaden ist der erste Teil einer Folge von weiteren Handreichungen für die Verbände. Geplant sind Ergänzungen u. a. zu den Beteiligungsverfahren in Nordrhein-Westfalen sowie zu den Themen Naturschutz und Abgraben. (db)

Leitfaden für die Erarbeitung verbandlicher Stellungnahmen; Hrsg./Bezug: Landesbüro der Naturschutzverbände NRW, Ripschorster Str. 306, 46117 Oberhausen, Tel. 0208 / 880590, kostenloser Download: www.landespflege.de/aktuelles/leitfa.html

Bruno Mansers Tagebücher aus dem Regenwald

1984 zog Bruno Manser 29-jährig von Basel auf die viertgrößte Insel der Erde, Borneo. Dort, im malaysischen Bundesstaat Sarawak, teilte er sechs Jahre lang das Leben mit den Penan, die zu den letzten Urwaldvollnomaden dieser Erde zählen. Der "Schweizer Penan" lernte wie die Penan zu leben und leistete mit ihnen Widerstand gegen die Regierungen, Holzkonzerne und Pharmaunternehmen, die den Lebensraum der Ureinwohner nach

und nach vernichten. Wegen dieses Widerstands wurde er von der malaysischen Regierung zum Staatsfeind erklärt, auf seinen Kopf waren 50.000 Dollar Prämie ausgesetzt. 720 Seiten umfasst das vierbändige Werk mit vielen, häufig kolorierten Zeichnungen von Flora und Fauna des Regenwaldes sowie Leben und Arbeit der Penan. So kann beim Lesen Mansers Leben im Regenwald hautnah miterlebt werden. Die aufwändige Ausgabe der Tagebücher ist eine Hommage an den seit Mai 2000 Verschollenen. Mansers Verschwinden ist bis heute ungeklärt. (db)

Bruno Manser: Tagebücher aus dem Regenwald 1984-1990, Christoph Merian Verlag, Basel 2004, 4 Bände, 720 Seiten, 64,- Euro

Grundfragen der Tierethik

Wie soll der Mensch mit dem Tier umgehen? Der Autor greift zur Beantwortung dieser Frage auf die philosophischen Grundlagen jeder Tierethik zurück. Er will zeigen, dass sich weder auf eine religiöse noch auf eine metaphysische Normenordnung Forderungen nach einem Tierschutz stützen lassen. Als einzige rationale Basis des Tierschutzes komme eine altruistische Einstellung des Menschen zum Wohl des Tieres in Betracht. Auf dieser Basis lasse sich, wie der Autor im Detail argumentiert, zwar kein generelles Tötungsverbot begründen, wohl aber die Verpflichtung zu einer weitgehenden Rücksichtnahme auf die Leidensfähigkeit von Tieren. (mb)

Norbert Hoerster: Haben Tiere eine Würde? Grundfragen der Tierethik, C. H. Beck Verlag, München 2004, 108 S., 9,90 Euro, ISBN 3406510884

"Börsengang bedeutet Ausverkauf der Bahn"

Bahnexperten warnen vor Mehdorn- und BDI-Modell

In der Ende September vorgelegten Studie des Unternehmerverbandes BDI zum Bahn-Börsengang und in den angekündigten Bahnpreiserhöhungen sieht die Bahnexpertengruppe Bürgerbahn statt Börsenbahn (BsB) "zwei unterschiedliche Wege mit einem gemeinsamen Endpunkt: Ausverkauf der Bahn und Selbstaufgabe des Schienenverkehrs".

Das Modell von Bahnchef Hartmut Mehdorn sieht vor, dass Bahnbetrieb und Netz im Frühjahr 2006 gemeinsam an die Börse gehen sollen. Wer diesen Plan glaubwürdig verfolge, so BsB, benötige wenigstens zwei Jahre schwarze Zahlen statt Verluste. Das wolle der Bahnchef mittels eines extremen internen Sparprogramms, neuer Notverkäufe von Bahneigentum, weitere Linienausdünnung und überproportionale Bahnpreiserhöhungen erzwingen. Dieser Weg zur Börse bis 2006 lasse sich nur mit einer kurzatmigen Politik ohne Rücksicht auf spätere Verluste realisieren, kritisierte die Expertengruppe.

Der zweite Weg sei das BDI-Modell, das auch von vielen Politikern unterstützt werde: Das Netz bleibt beim Bund, der Schienenbetrieb wird weiter geöffnet für mehr Wettbewerb, Teile des Schienenbetriebs gehen an die Börse. Das heiße aber: Die Bahn verlöre weiter flächendeckend Synergien. Einheitlichkeit bei Tarifen und im Fahrplan würde weiter aufgegeben. Schienenverkehr würde dort, wo es ihn noch gibt, zunehmend zum Luxus. Ein Ausverkauf in Raten sei die Folge, so die Bahnexpertengruppe. Bei beiden Plänen blieben Umwelt und Fahrgäste auf der Strecke.

Positionspapier: 200.000 neue Arbeitsplätze möglich

Eine Verkehrswende-Politik mit eindeutiger Förderung der Schiene würde dagegen langfristig netto rund 200.000 neue Arbeitsplätze schaffen, schreibt "Bürgerbahn statt Börsenbahn" in einem Positionspapier zu "Schiene und Arbeitsplätze", das Ende September erschien.

BsB: Bahn-Arbeitsplätze werden durch falsche Politik zerstört

Die Bahnexpertengruppe sieht in der Verkehrspolitik der Bundesregierung und in der Politik des Bahnmanagements unter DB-Konzernchef Hartmut Mehdorn den Hauptgrund dafür, dass jährlich mehr als 10.000 Arbeitsplätze bei der Bahn und in der Bahnindustrie zerstört werden.

In dem Positionspapier widerspricht die Gruppe dem Totschlagargument, wonach die Straße beziehungsweise das Auto in erster Linie Arbeitsplätze sicherten. Belegt wird, dass auch nach Einschätzung der Bundesregierung mehr als eine Million Arbeitsplätze von Bahn, Bahnindustrie und öffentlichem Verkehr abhängen. (vl) ■

• Weitere Informationen

Bürgerbahn statt Börsenbahn c/o UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin
Tel. 030 / 492-7473, Fax -7972
eMail: buergerbahn@umkehr.de
www.buergerbahn-statt-boerserbahn.de

Familien reisen mit Bahn billiger als mit dem Auto

"Focus Money" vergleicht Preise von Bahn, Auto und Flugzeug

Familien reisen mit der Bahn am billigsten. Zu diesem Ergebnis kommt das Magazin "Focus Money" bei einem Preisvergleich in der Ausgabe von Anfang Oktober. Verglichen worden sind die Kosten von Reisen mit Auto, Bahn und Flugzeug innerhalb von Deutschland.

Focus-Money hat beim Auto die reinen Verbrauchskosten nach Berechnungen des ADAC zugrundegelegt, also die Benzinkosten, den anteiligen Wertverlust und die anteilige Abnutzung des Wagens beziehungsweise Reparaturkosten. Bei der Bahn wurden auch die Anreise zum Bahnhof und die Weiterfahrt zum Ziel vor Ort berücksichtigt. Eine Beispielrechnung: Auf der Strecke Hamburg-München und zurück (1552 Kilometer) fallen so mit einem Peugeot 407 SW 171 Euro zusätzlich zu den rund 152 Euro Spritkosten an. Der ICE kostet eine vierköpfige Familie auf derselben Route 275 Euro. Die Familie spart also 48 Euro.

Allianz pro Schiene: Preisvergleich lohnt sich für jeden Verbraucher

Das Fazit der Tester: Bei zwölf von 18 untersuchten Routen reist eine vierköpfige Familie mit der Bahn am billigsten. Auch in puncto Reisezeit kann sich die Bahn sehen lassen, auf sieben der untersuchten Strecken ist man mit der Bahn schneller am Ziel als mit dem Auto.

Die Bahn werde oft teurer wahrgenommen, als sie ist, und das Autofahren billiger, als es ist, kommentierte das Bündnis Allianz pro Schiene die Untersuchung. Der Bericht von Focus Money zeige, dass sich ein Preisvergleich für jeden Verbraucher lohne. (vl) ■

• Weitere Informationen

Allianz pro Schiene, Chausseest. 84, 10115 Berlin
Tel. 030 / 275945-59, Fax -60
eMail: info@allianz-pro-schiene.de
www.allianz-pro-schiene.de

Kundencharta macht Bahn verbraucherfreundlicher

Entschädigung nun einklagbar

Seit dem 1. Oktober 2004 ist die Kundencharta Fernverkehr der Deutschen Bahn (DB) in Kraft. Dazu gehören die neuen allgemeinen Geschäftsbedingungen zur Entschädigung im Fernverkehr. Der einklagbare vertragliche Anspruch auf Entschädigung setzt bei einer Verspätung von 60 Minuten ein und beläuft sich auf 20 Prozent des Fahrkartenwertes. Erfasst wird die gesamte Reisekette der Verkehrsverbindung. Kann der Kunde seine Reise bis 24 Uhr nicht wie geplant fortsetzen, übernimmt die Bahn unter anderem die Kosten für Übernachtung oder Taxifahrt in Höhe von maximal 80 Euro.

VCD initiiert Schlichtungsstelle

Bundesverbraucherschutzministerin Renate Künast begrüßte die Selbstverpflichtung der DB. Damit werde die Rechtsposition der Fahrgäste erheblich verbessert und seien nicht mehr auf die Kulanz der Bahn angewiesen. Zusätzlich zur Kundencharta soll demnächst die Verkehrsträger übergreifende "Schlichtungsstelle Mobilität" ihre Arbeit aufnehmen. Das Projekt wird vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) getragen und vom Bundesverbrauchermi- nisterium drei Jahre lang gefördert. Die Schlichtungsstelle soll eingreifen, wenn sich Kunde und Verkehrsunternehmen nicht über Streitfälle einigen konnten. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Eifelstr. 2, 53119 Bonn
Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10
eMail: vcd-bundesverband@vcd.org
www.vcd.org

150 Milliarden Euro Umwelt- und Gesundheitskosten

Studie von IWW und Infras zu externen Kosten des Verkehrs

Das heutige Verkehrssystem in Deutschland verursacht etwa 150 Milliarden Euro an Gesundheits- und Umweltkosten. Dies hat die Anfang Oktober veröffentlichte Studie der Forschungsinstitute IWW und Infras zu den externen Kosten des Verkehrs ermittelt. Die Folgekosten des Straßenverkehrs seien damit dreimal höher als die Rekord-Neuverschuldung von Bundesfinanzminister Hans Eichel, rechnet das Bündnis "Allianz pro Schiene" vor.

Bei den externen Kosten handelt es sich um Gesundheits- und Umweltschäden, deren Kosten nicht von den Verursachern bezahlt werden, sondern von der Allgemeinheit. Verursacht werden diese Kosten durch den Klimawandel, durch Luftverschmutzung sowie Unfallkosten. Für die EU (ohne Beitrittsländer) betragen diese Kosten des Verkehrs laut der Studie 650 Milliarden Euro.

Straßenverkehr verursacht die weitaus höchsten externen Kosten

Von den 150 Milliarden für Deutschland errechneten Folgekosten des Verkehrs entfallen 130 Milliarden auf den Straßenverkehr. Im Einzelnen bedeutet dies: Während im Schienengüterverkehr pro 1.000 Tonnenkilometer durchschnittlich nur 19 Euro anfallen, kosten Lkw 88 Euro bei gleicher Verkehrsleistung. Im Personenverkehr fallen bei den Bahnen im Durchschnitt 23 Euro pro 1.000 Personenkilometer an, Pkw schlagen dagegen mit 76 Euro volkswirtschaftlich zu Buche. (vl) ■

• Weitere Informationen

Allianz pro Schiene, Chausseestr. 84, 10115 Berlin
Tel. 030 / 275945-59, Fax -60
eMail: info@allianz-pro-schiene.de

Download der Studie "Externe Kosten des Verkehrs":
www.allianz-pro-schiene.de

Autoindustrie boykottiert Rußfilter-Förderung

Mehrere Konzerne wollen höheren Grenzwert für Dieselruß

Teile der Automobilindustrie boykottieren die von Bundeskanzler Gerhard Schröder zugesagte steuerliche Förderung von Dieselrußfiltern ab 2005. Trotz der öffentlichen Zusage, Rußpartikelfilter einführen zu wollen, wehrten sich vor allem die Konzerne VW und BMW gegen einen Fördergrenzwert von 2,5 mg/km. Das hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH), Koordinatorin des Bündnisses "Kein Diesel ohne Filter", Ende September mitgeteilt.

Während andere europäische Staaten Förderprogramme auflegen, die sich an strengen Grenzwerten orientierten, wolle die Automobilindustrie in Deutschland diese weiter verhindern. Österreich und Italien hätten bereits Fahrverbote in diversen Städten bei Grenzwertüberschreitungen für schmutzige Dieselfahrzeuge beschlossen.

Rußfilter nur noch Worthülse?

Gerd Lottsiepen, verkehrspolitischer Sprecher des Verkehrsclub Deutschland (VCD), betonte, dass die steuerliche Förderung eines höheren Grenzwertes für Neufahrzeuge ein gesundheitspolitischer Offenbarungseid der rot-grünen Regierung, eine fatale Industrieförderungspolitik für rückschrittliche Unternehmen und eine unzulässige Subvention wäre.

Günter Hubmann von Greenpeace warf der Autoindustrie vor, über das Thema Nachrüstung die Dieselruß-Grenzwerte so weit nach oben zu schieben, dass der Rußfilter nur noch eine leere Worthülse sei. (vl) ■

• Weitere Informationen

Bündnis "Kein Diesel ohne Filter" c/o Deutsche Umwelthilfe e.V., Jürgen Resch, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: resch@duh.de
www.duh.de

Aktionen für Kerosinsteuer auf Inlandsflüge

BUND startet Kampagne

Der BUND hat Ende Oktober eine Kampagne für die Besteuerung von Flugbenzin im innerdeutschen Luftverkehr eingeleitet. Mit den Aktionen sollen Bahnkunden mobilisiert werden: In den nächsten Wochen werden BUND-Aktive auf Bahnhöfen in ganz Deutschland Bahnreisende darum bitten, eine "Bahn-Steuererklärung" zu unterzeichnen. Mit dieser Steuererklärung wird von Bundesfinanzminister Hans Eichel - ironisch - die Rückerstattung der Steuern gefordert, die Bahnreisende bezahlen müssen. Alternativ wird die Einführung einer Kerosinsteuer im inländischen Flugverkehr gefordert.

EU-Richtlinie erlaubt Kerosin-Besteuerung

Der BUND will mit der Aktion darauf hinweisen, dass die Bahn für ihren Energiebedarf Steuern zahle, die Fluggesellschaften nicht. Mit dem stetig wachsenden Luftverkehr würden die internationalen Klimaschutzmaßnahmen unterlaufen. Der BUND-Experte Matthias Selche erklärte, seit Jahresanfang ermögliche eine EU-Energiesteuerrichtlinie die nationale Einführung einer Steuer auf Kerosin für Inlandsflüge. Er forderte, dies solle in Deutschland noch dieses Jahr beschlossen werden.

Auch das Umweltbundesamt (UBA) unterstützt laut Berichten der Tageszeitung "taz" die Forderung nach der Kerosinbesteuerung für Flüge, die im Inland starten und landen. Es fordert zudem eine Abgabe, die sich nach den Emissionen der Flieger richtet. (vl) ■

• Weitere Informationen

BUND, Finanzexperte Matthias Seiche, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-33, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Aktion und BUND-Hintergrundpapier (8 S.) zur Kerosinsteuer:
www.oeko-steuer.de

Atmosfair: Flugreisende spenden für Klimaschutz

Emissionsrechner im Internet ermittelt individuellen Schadensbeitrag

Wer sich für den Klimaschutz engagiert und dennoch manchmal fliegen muss oder will, kann jetzt die Folgen seines Fluges zum Teil finanziell ausgleichen. Das neue Projekt "atmosfair" rechnet auf einer interaktiven Website aus, wieviel Klimagase die Flugreise verursacht. ●

Der Fluggast zahlt dann freiwillig eine Spende, die in Erneuerbare-Energien- oder Energiesparprojekte investiert wird, um dort Treibhausgase einzusparen, die eine vergleichbare Klimawirkung haben wie die Emissionen aus dem Flugzeug. Finanziert werden allerdings keine Projekte in Europa, sondern ausschließlich in Entwicklungsländern. Initiiert hat das Projekt die entwicklungs- und klimapolitische Organisation Germanwatch.

Spenden für Projekte im Süden: Kompensation oder Ablasshandel?

Seit dem Start im Sommer haben mehrere tausend Kunden bereits einen fünfstelligen Spendenbetrag erbracht, von dem zum Beispiel Solarherde für indische Großküchen oder Anlagen für die Stromerzeugung aus Müll in Brasilien finanziert werden. Nach Angaben des Projektleiters Dietrich Brockhagen wächst die Internet-Buchungsrate stetig.

Bei Umweltschützern und in der alternativen Reisebranche ist atmosfair jedoch umstritten. Die geförderten Projekte seien ökologisch gesehen kein Ausgleich für die Schäden durch das Fliegen, schrieb das Fachmagazin "Verträglich Reisen" in seiner Neuesten Ausgabe. Das Forum Anders Reisen, neben Germanwatch der zweite Partner des Projekts, wehrt sich aber gegen den Vorwurf des "Ablasshandels": Die Aktion sei keine Gewissensberuhigung, es gehe nur um "die Verdeutlichung der Schäden, die jeder anrichtet, wenn er ins Flugzeug steigt". (mbu) ■

• Weitere Informationen

atmosfair, c/o Germanwatch, Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. 0228 / 60492-0, Fax -19
eMail: info@germanwatch.org
www.atmosfair.com

www.sinkswatch.org

Lesenswert

Jobmaschine Straßenbau?

Standortwirkungen in Ostdeutschland

Die Studie untersucht Standortwirkungen von Investitionen in Ostdeutschland. Der Autor wertet verschiedene Forschungsergebnisse aus und schlussfolgert, ein positiver Zusammenhang zwischen Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftsentwicklung sei nicht nachweisbar. Im Gegenteil schade die bessere Erreichbarkeit der regionalwirtschaftlichen Entwicklung. (vl)

Winfried Schröder: Jobmaschine Straßenbau? Standortwirkungen von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen in Ostdeutschland am Beispiel des Autobahnbaus, Gutenberg-Verlag, Leipzig 2004, 24 S., kostenlos; Hrsg./Bezug: Peter Hettlich MdB, 11011 Berlin, Tel. 030 / 22771866, PDF-Download (2,1 MB): www.gruener-aufbau-ost.de/download/hettlich_jobmaschine_customer.zip

Ausschreibung von Nahverkehrsleistungen: Beispiele zur Nachahmung

Einige Städte in Europa konnten durch die Ausschreibung von ÖPNV-Leistungen und deren Vergabe unter Wettbewerbsbedingungen Umwelt- und Sozialstandards verbessern und mehr Fahrgäste für Busse und Bahnen gewinnen. Gleichzeitig konnten die Kosten teilweise deutlich gesenkt werden. Damit andere Kommunen von den Erfahrungen profitieren können, haben der Verkehrsclub VCD und das Städteternetzwerk ICLEI nachahmenswerte Beispiele in einem "Good Practice Guide" zusammengestellt. Die Broschüre zeigt an Beispielen aus Schweden, Finnland, Frankreich und Deutschland, wie einzelne Städte durch entsprechende Vorgaben in den Ausschreibungen ihr Nahverkehrsangebot umweltfreundlich und kundenorientiert gestaltet haben. Ein weiteres Kapitel widmet sich dem rechtlichen Rahmen und greift aktuelle Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs auf. (vl)

VCD/ICLEI (Hrsg.): Zukunftsfähiger öffentlicher Nahverkehr für Europa - Gute Beispiele nachmachen, 5,- Euro inkl. Versand; Bezug: VCD, Eifelstr. 2, 53111 Bonn, Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10, eMail: versand@vcd.org; kostenloser Internet-Download (PDF, 1,6 MB): www.vcd.org/themen/04d.html

■

Medikamente im Trinkwasser nachweisbar

Arzneimittelreste reichern sich in Flüssen und Seen an

Nach einer Schätzung des Umweltbundesamtes (UBA) im Oktober wurden im Jahr 2000 rund 7.000 Tonnen synthetischer Arzneimittel an die Bevölkerung verkauft. Die jährliche Menge an verkauften Tierarzneien beläuft sich auf 2.320 Tonnen. "Irgendwo bleibt alles", kommentierte UBA-Präsident Andreas Troge die Zahlen.

Umweltbundesamt: Gesundheitliche Risiken nicht ausgeschlossen

Hohe Konzentrationen von Pharmaka und deren Metaboliten in oberirdischen Gewässern werden hauptsächlich durch die Einleitung kommunaler Abwässer von Klärwerken überwiegend großer Städte in die Flüsse verursacht, aber auch durch landwirtschaftliche Gülleausbringung. Dabei kann die Effektivität der Klärwerke durchaus unterschiedlich sein. Selbst modernste Wasserbehandlungsmethoden können Pharmaka nicht vollständig entfernen: sie wurden des öfteren im Trinkwasser nachgewiesen. In Deutschland sind rund 3.000 pharmazeutische Präparate zur medizinischen Anwendung zugelassen.

Für die Elbe und ihre Nebenflüsse konnten jetzt erstmals gezielte Aussagen zu Besonderheiten der jeweiligen regionalen Belastungen einzelner Flussabschnitte mit Pharmaka getroffen werden. Dies meldete das Online-Wissenschaftsmagazin Telepolis. Die für pharmakologische Effekte im Menschen nötigen Konzentrationen lägen dabei zwar um Größenordnungen über den gefundenen Konzentrationen, jedoch deutet ihre Nachweisbarkeit zumindest auf ein gesundheitliches Problem hin. (db) ■

• Weitere Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Postfach
330022, 14191 Berlin
Tel. 030 / 8903-0, Fax -2285
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/lis/
18080/1.html
www.vistaverde.de/news/Wissenschaft/
0206/27_arznei-wasser.htm
www.telepolis.de/deutsch/inhalt/lis/
18559/1.html

Elbe wird offenbar heimlich ausgebaut

BUND und Bürgerinitiative fordern den Stopp der Baumaßnahmen an der Elbe

Prüfergebnisse durch unabhängige Vermessungsingenieure haben ergeben, dass die Buhnen an der Elbe nicht nur instand gesetzt, sondern auch ausgebaut werden. Dies teilte Ernst Paul Dörfler, Leiter des BUND-Elbeprojekts, im November mit.

Die Bundesregierung hatte den Elbausbau in ihrer Koalitionsvereinbarung definitiv ausgeschlossen. "Somit finden die angeblich wegen Hochwasserschäden ausgeführten Ausbaumaßnahmen illegal statt", sagte die Sprecherin der Bürgerinitiative Pro Elbe, Iris Brunar. Dadurch solle offenbar schon seit Jahren eine ungenehmigte Einengung und Vertiefung der Elbe erreicht werden.

Landesregierung soll handeln

Die Bürgerinitiative und der BUND forderten Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe auf, die Baumaßnahmen sofort auszusetzen und eine unabhängige Prüfung zu veranlassen, "bevor weitere Millionen verschwendet werden und die Umwelt Schaden nimmt". Die Landesregierung müsse den Vorgang prüfen und im Falle der Abweichung von den Instandsetzungsregeln ihre Zustimmung zu den Baumaßnahmen sofort entziehen, sagte Dörfler. "Wenn es der Landesregierung mit dem Schutz des UNESCO-Biosphärenreservates 'Flusslandschaft Elbe' und des Unesco-Welterbes Dessau-Wörlitzer Gartenreiches Ernst ist, müssen die Alarmglocken schrillen", so der Flussexperte. (db)

• Weitere Informationen

BI Pro Elbe, Sprecherin Iris Brunar,
Magdeburg
Tel. 0340 / 8507978
eMail: i.brunar@ngi.de

BUND Elbe-Projekt, Leiter Dr. Ernst
Paul Dörfler
eMail: epd@gmx.de
www.elbeinsel.de

Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Umwelt-Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Umweltsendungen muss man heute leider mit der Lupe suchen - hier ist die "Lupe". Viele Redaktionen bieten übrigens Vor- und Rückschauen, Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

► Für Korrekturen an dieser Zusammenstellung ist die DRB-Redaktion dankbar.

Diese Liste (mit allen Links) im Internet: www.dnr.de/umweltinfo ("TV + Radio")

1. Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt ("Archiv")

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio www.dradio.de/dlr/sendungen/wissenschaft/natwi.html

Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwestrundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio www.swr.de/contra

GLOBAL 3000

erster Mo im Monat 20.00-21.00 (Wiederholung Di 14.00-15.00), Radio Dreyeckland Freiburg 102,3 (freies Radio) www.rdl.de/global30.html

Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio) <http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Friedemann Grün

letzter Mi im Monat 20.00-22.00 Radio freeFM Ulm 102,6 (Freies Radio) www.friedemanngruen.de

2. Fernsehsendungen

Terra Nova

Neuer Spartenkanal für Naturfilme (Ablösung für Musikkanal Onyx) Sendungen: "Green Planet", "TierWelten", "Nature & Science" u.a. www.terra-nova.tv

ZDF.umwelt

Magazin für modernes Leben So 13.15-13.45, ZDF www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon

Umweltmagazin Di einmal im Monat, 22.15, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR) www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute Mo (14-tägig) 21.20-21.45, Bayerischer Rundfunk (BR) www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

service: natur

Sa 19.00-19.30, Hessischer Rundfunk (HR) www.hr-online.de/fs/servicenatur

Arte Umweltsendungen

Mo 19.00-19.45, Arte (3. Mo im Monat: Sylva - von Bäumen und Menschen) www.arte-tv.com/emission/emission.jsp?node=-1801

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz) www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder Sa, 11.10-11.35, ZDF So 15.00-15.30, Kinderkanal (KIKa) www.tivi.de/loewenzahn (mb, ab) ■

TV-Vorschau Natur und Umwelt

Vier-Wochen-Vorschau

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: www.prisma-online.de/tv/suche.html

"Der Grüne Kanal - Die ökologisch korrekten Fernsehtipps"

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: www.bio.de/gruenerkanal.php4 (mb) ■

Aktuelle Umwelt-Informationen per eMail

Übersicht: 40 kostenlose Newsletter

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten per eMail zu - in der Regel kostenlos. Das Spektrum reicht von allgemeinen Umweltdienstleistungen über gängige Themenbereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu "grüner" Beschaffung.

Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte, nach Themen geordnete Übersicht von über 40 solcher Dienste ist im Internet zugänglich. (mb)

www.dnr.de/umweltinfo ■

Umwelt-Diskussion im Internet

"Grünes Forum": 11 Themenkomplexe und 16 Bundesländer zur Auswahl

► Das "Grüne Forum" ist eine ökologische Diskussionsplattform im Internet. In dem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltthemen ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) und nach Bundesländern. (mb)

www.gruenes-forum.net ■

Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/terminlinks zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

November

23.11., Köln

Konfliktfeld Umwelt und Gesundheit: Risikokommunikation - Dialog oder Akzeptanzbeschaffung?

Seminar; GSF - Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit, FLUGS-Fachinformationsdienst, München
Tel. 089 / 31872710
flugs@gsf.de
www.gsf.de/flugs

24./25.11., Greifswald (Vorpommern)

Steuerungsimpulse für eine nachhaltige Regionalentwicklung

Akademie für nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern; Institut für Kreislaufwirtschaft, Bremen
Tel. 0421 / 5905 23-11, Fax -49
wittmai@hs-bremen.de
www.IKrW.de

24./25.11., Ludwigsfelde (Brandenburg)

Nachhaltiges Wirtschaften an Schulen und außerschulischen Einrichtungen

Sabine Haake, ANU
Tel. 0331 / 20155-15, Fax -16
ganztagsschulen@anu-brandenburg.de
www.anu-brandenburg.de

24.11., Berlin

Wasser - Ware, Waffe, Menschenrecht? Wege zu einer nachhaltigen Wasserwirtschaft

Tagung, Monika Hartwich, TU-Kooperations- und Beratungsstelle für Umweltfragen (kubus)
Tel. 040 / 31421580
koop@zek.tu-berlin.de
kubus@zek.tu-berlin.de
www.tu-berlin.de/zek/kubus

25.11., Berlin

Marktpotenziale und Marketing für Bio-Lebensmittel

Tagung; Kim Adam, Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)
Tel. 030 / 2848230-0, Fax -9
adam@boelw.de
www.boelw.de/tagung

26.-28.10., Loccum (Niedersachsen)

Was blüht unseren Pflanzen?

Tagung; Dr. Andreas Dally, Evangelische Akademie Loccum
Tel. 05766 / 81108
andreas.dally@evlka.de
www.loccum.de

26.-28.11., Verden (bei Bremen)

Wie zukunftsfähig ist unser Stil zu leben?

Seminar; Bewegungsakademie, Elin Kuttimalai, Verden
Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
info@bewegungsakademie.de
www.bewegungsakademie.de

27.11., Düsseldorf

Goldene Bilanzen: Ökonomie frisst Ökologie

Tagung; Coordination gegen Bayer-Gefahren, Düsseldorf
Tel. 0211 / 3339-11, Fax -40
eMail: cbgnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org

Dezember

2.12., Frankfurt a. M.

Mit neuen Technologien zu mehr Effizienz und Transparenz im Umwelt- und Arbeitsschutz

B.A.U.M., VBU, TechniData;
B.A.U.M. e.V., Fr. Marotta
Tel. 040 / 490711-06, Fax -99
info@baumev.de
www.baumev.de

26.12.-2.1., Magdeburg

Bundesweiter Jugendumweltkongress JUKSS

JUKSS-Büro, Magdeburg
Tel. 0391-5570750, -5440978
info@jugendumweltkongress.de
www.jukss.de

27.-30.12., Magdeburg

37. BundesÖkologieTreffen (BÖT)

Vernetzungstreffen; Bundeskoordination Studentischer Ökologieinitiativen (BSÖ)
Tel. 030 / 2093-1749, Fax -1649
info@bsoe.info
www.bsoe.info/saga/saga.html

2005

16.-22.1., Laufen (Oberbayern)

EU-Habitat-Richtlinie, kontinentale und pannonische Region

Fachtagung Insekten (engl.); Bayerische Akademie für Naturschutz
Tel. 08682 / 8963-0, Fax -17
poststelle@anl.bayern.de
www.anl.bayern.de

29.4.-1.5., Freiburg/Br.

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Seminar; Ökodorf-Institut, Karl-H. Meyer
Tel. 07673 / 8878-86, Fax -28
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

22.-25.9., Augsburg

Renexpo 2005 - Messe für Erneuerbare Energien

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.renexpo.de

21.-23.10., Wetzlar (Hessen)

EnergieTage Hessen 2005 Passivhaus 2005

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.energiestage.com

21.-24.10., Augsburg

IHE Holzenergie 2005

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice (s.o.)
www.holzenergie.de
(db, mb) ■

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: "DRB 04.03" weist z.B. auf Heft 4 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2003 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. "EUR 05.03". Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/dr/b, "Bisherige Ausgaben".

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe "Weitere Informationen" unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst www.ngo-online.de.

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/dr/b

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

www.dnr.de/infoservice

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-News-Weiterleitungen an. Unter über 50 Umwelt-Themen und über 30 Regionen und Ländern kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben und Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR. Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Südpolitischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/eur
www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 EUR pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 EUR pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 EUR Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 EUR oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**
Kontonummer:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung an die oben angegebene / folgende Adresse:**